

Geld regiert von Markus Wilhelm

Von den Leserinnen und Lesern, die das Außergewöhnliche suchen, müssen wir uns gleich hier verabschieden. Auf Wiedersehen!

In dieser Zeitschrift geht's nämlich nie um Sensationelles. Andre Medien können oft mit ganz spektakulären Dingen von Demokratie und so kommen. Es ist dem FÖHN, ach leider, noch nie gelungen, derartiges aufzudecken. Uns bleibt immer nur das Normale.

Eine Sensation wäre es nur, wenn das hier Gezeigte *nicht* geschähe! Also müssen wir uns wieder sechzig Seiten lang mit dem Üblichen begnügen, dem Gewöhnlichen, dem ganz und gar Alltäglichen:

Geld regiert. Punkt.

Der ihnen den Landeshauptmann macht und die Landesräte-Darsteller und die Partei-Obmann-Mimen und die Partei-Sekretär-Akteure bekommen von den Großindustriellen die Tausender in Packln zu fünfzig, zu hundert und zu fünfhundert hineingeschoben. Wir wollen das hier nicht irgendwie durchblicken lassen oder zwischen den Zeilen so etwas wie darauf anspielen, sondern es im Maßstab 1:1 *zeigen*.

Es ist wie in der Natur: Jeder Boden hat die ihm entsprechenden Gewächse. Kapitalistische Verhältnisse treiben genau diese Blüten aus. Und können auch gar nicht anders. Da hilft kein Kirchengebet und kein sozialdemokratisches Zureden.

Vorweg: Wo kommt alles Geld her, das in der Welt ist? Von fetten Konten? Nein, wo kommt es her, damit es dorthin kommen kann? Es wird *e r a r b e i t e t*, mit Putzlappen in der Hand und mit Preßlufthammer, in Akkordarbeit und in Leiharbeit, auf dem Gerüst und im Schacht, am Fließband und an der Werkbank, beim Wäschesieden und beim Stahlkochen - zum Beispiel. Das ist die Geschichte.

Aber fangen wir bei Null an: Es gibt da einen kleinen Verein mit scheinheiligen Vereinsstatuten, der sich *Vereinigung Österreichischer Industrieller (VÖI)* nennt. Er hat österreichweit 1900 Mitglieder, in Tirol 202. Weniger als der Tiroler Bienenzuchtverein und weniger als der Theaterverein Telfs-Pfaffenhofen.

Woher sie ihre Mittel schöpfen? Daher, wo sie die nur herhaben können: Die Industriellen behalten von dem von den Industriearbeitern Geschaffenen ja nicht nur für den Staat die Lohnsteuer ein, läppisch, sie behalten für sich auch die Unternehmergewinne ein.

Und davon spenden sie im Ausmaß von 0,5 Prozent der Lohnsumme jeder Glassteinputzerin bei Swarovski, jedes Chemiearbeiters bei Sandoz in Kundl, jeder Viscosespinnerin bei der Textil AG und jedes Ziegelgießers beim Eurospan an ihre Bruderschaft. Das sind im Jahr rund 1000 Schilling pro Knecht und Dirn. 60 Prozent dieser von den Unternehmen in den Bundesländern an die Wiener Zentrale der VÖI einzuzahlenden Beiträge fließen an ihre Filialen in den Landeshauptstädten zurück.

Während uns die Polizei ins Haus kommt, um festzustellen, ob wir unerlaubt einen Radiowecker in Betrieb haben, unterliegt dieser Verein, dessen Tiroler Zweigstelle jährlich über ca. 15 Millionen Schilling verfügen kann und dessen Wiener Zentrale über errechnete 500 Millionen, nicht der geringsten öffentlichen Kontrolle.

Wofür dieses Geld unter anderem aufgeht, darüber war schon im letzten Heft einiges zu erfahren: Journalisten-Diners, Journalisten-Reisen, Journalisten-Gagen.

Geld ist ein Tauschmittel. Was gibt's im Tausch gegen VÖI-Gelder? In unserer heutigen Folge: Politiker zum Saufuttern.

Das ganze wird neunmal in Österreich gegeben. Wir schauen es uns in Tirol an.

Eine Politik, die von Millionen unterstützt wird

Als Ergebnis langer Debatten ergibt sich folgender Finanzierungskatalog:

Liste Luggert:

300.000.--

Liste Tiroler Arbeitsbund:

100.000.--

(mit der Bereitschaft, bei Vorlage eines Verzeichnisses der Wahlkampfkosten und einem Mandaterfolg bei den Gemeinderatswahlen nach der Wahl ein zusätzliches Gespräch über die Tragung weiterer Kosten zu führen)

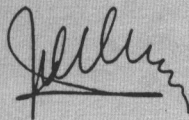
Landeshauptmann Wallnöfer: (Nationalratswahl)

Außer der Landesquote aus dem Anteil der Zentrale von 1,7 Mio (nämlich 367.000.--)

1.000.000.--

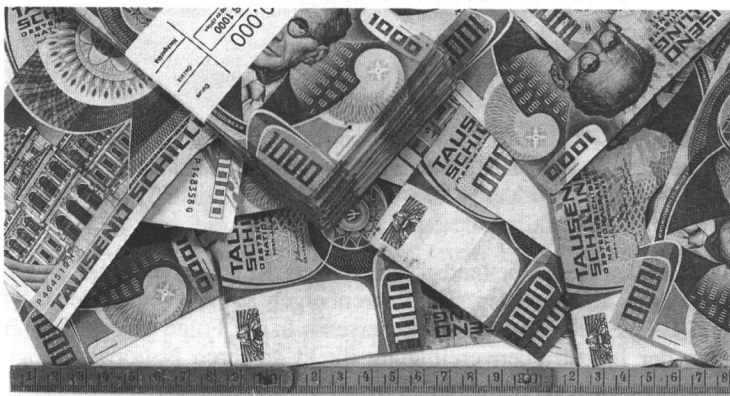
Innsbruck, am 17. September 1971/Dr. B/Z

5.8.8.



Sitzungsprotokoll der Vereinigung Österreichischer Industrieller (Landesgruppe Tirol): 1,7 Mio. + 1 Mio. für Landeshauptmann Wallnöfer - "g.g.g." (gesehen, genehmigt, gefertigt) "Bachmann" (Geschäftsführer der VÖI)

Dieser Bachmann ist genau jener Bachmann, der seit 1965 im Tiroler Landtag fußfrei erste Reihe sitzt. Als er selbst bei ÖVP-internen Vorwahlen für die Landtagswahl 1989 nur von 30 Prozent gewählt wurde, hat der Landeshauptmann ihn als Parteinotwendigkeit durchgedruckt. Nicht genug damit, diesem Herrn, der seit 30 Jahren in der Industriellenvereinigung den Geschäftsführer macht und allein dafür ca. 70.000 Schilling monatlich (plus Extras) kassiert, wurde ausgerechnet der Vorsitz im Wirtschaftsausschuß und der stellvertretende Vorsitz im Finanzkontrollausschuß des Landtages zugeschanzt. Der Geschäftsführer der Tiroler Industriellen ist auch Verkehrssprecher der Tiroler ÖVP. Er ist jemand, den wir für das heutige Ausmaß an Transitzlärm, an Transitzreck in der Atemluft und an Transitzgiften in den Feldern und Gärten zur Verantwortung zu ziehen haben. Lange Zeit hat er sogar eine zusätzliche EG-Autobahn München - Venedig durch das Zillertal ("Drohende Umfahrung Tirols durch die Schweizer Autobahnen muß verhindert werden." - *Landtagssitzung vom 30. Mai 1967*) propagiert.



Im Bild die Tatwaffe der Tiroler Großindustriellen

Schulter an Schulter mit dem politischen Geschäftsführer der Industriellenvereinigung sitzt im Tiroler Landtag - ebenfalls in Flüsterdistanz zu Landeshauptmann und ÖVP-Landesräten - ein richtiger Industrieller, der Bauwarenfabrikant Kranebitter, Vorstandsmitglied der VÖI. Nachdem er einige Jahre lang Finanzlandesrat gewesen war, wurde er in den Wirtschaftsausschuß, den Bauausschuß, den Verkehrsausschuß und als Obmann in den Tourismusausschuß des Landtages platziert, wo er sich ausnimmt wie ein gärtnernder Bock. Oder kennen Sie den Nationalratsabgeordneten Otto Keimel? Von wem wurde der leitende Direktor der Katzenberger-Betonwerke

(Wien-Linz-Graz-Innsbruck) zum Nationalrat abgeordnet? Wie wurde dieser Bautensprecher und Wohnbausprecher der ÖVP installiert?

ING. HELMUT KATZENBERGER,

Geschäftsführender Gesellschafter der Firmen:

Herrn Kommerzialrat
Dipl.-Ing. Fritz HEISS
Präsident der Vereinigung
Österr. Industrieller Tirol

H. Katzenberger KG, Betonwerke
Innsbruck - Graz - Großpetersdorf - Wien/Gerasdorf - Linz

H. Katzenberger, Techn. Büro für neue Bauweisen
6021 Innsbruck, Ardenweg 58, Post. 810 - Telefon 05122/58311 - FS 05/335

Baukonstruktionen - Vertriebsgesellschaft m. b. H.
604 Innsbruck, Ardenweg 58, Post. 810 - Telefon 05122/58311 - FS 05/335

Nr. 55

Sehr geehrter Herr Präsident!
Lieber Freund!

Im Herbst werden es drei Jahre, daß Herr Dr. Keimel seine Tätigkeit als Abgeordneter zum Nationalrat ausübt. Vor nunmehr ca. drei Jahren wurde im Rahmen des Präsidiums der VÖI der Entschluß gefaßt, Herrn Dr. Keimel zu bitten, diese Funktion zu übernehmen. Selbstverständliche Voraussetzung dabei war, daß Herr Dr. Keimel - der bekanntlich leitender Direktor meiner gesamten Firmen ist - seine berufliche Tätigkeit weiterhin ausüben wird; wobei klar war, daß dieselbe wesentlich durch die Abgeordneten-tätigkeit im negativen Sinne beeinflusst werden wird.

Bei der damaligen Beschlußfassung wurde als selbstver-ständlich angenommen, daß der von der Tiroler Industrie forcierte Abgeordnete auch von dieser Industrie bezahlt wird.

Bis heute habe ich sämtliche mit dieser Nominierung ver-

Schreiben des Betonfabrikanten H. Katzenberger, langjähriger Vizepräsi-dent der VÖI Tirol, an den Präsidenten der Industriellenvereinigung (vom 26.3.1973)

Die VÖI, deren Vorstandsmitglied Herr Keimel auch bald wurde, hat dem Industriellen H. Katzenberger seine Keimel-Auslagen (150.000 S pro Jahr) umgehend ersetzt. In der Folge gingen Zahlun-gen der Industriellenvereinigung direkt an ihren Nationalratsabge-ordneten Keimel. Beispiel:

Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Landesgruppe Tirol der Vereinigung Österr. Industrieller einen Barscheck Nr. 653671 in der Höhe von S 150.000.-- (Einhundertfünf-zigtausend) lautend auf die Bank für Tirol und Vorarlberg AG erhalten zu haben.

Innsbruck, am 26. Juni 1975



Daß es zuvörderst dieser Verein ist, der unser (!) Land gegen den Willen der Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher mit aller Gewalt in die EG hineindrucken will (s. *ausführlich in Heft 12*), möge bitte im Folgenden immer mitgedacht werden.

Man hört so oft von Vorfeldorganisationen der Parteien. Auf diesen Seiten wird gezeigt, wessen Vorfeldorganisationen die Parteien sind. Demokratie kommt bei der Industriellenvereinigung nicht einmal als Begriff in den Statuten vor. Dafür ist dort allein schon auf der ersten halben Seite sechsmal von Industriellen die Rede, und von der Wichtigkeit, "Bestand und Entfaltung eines freien Unternehmertums und Bildung und Erhaltung von Privateigentum, insbesondere auch an industriellen Produktionsmitteln aller Art, zu sichern". Koste es, was es wolle, wäre zu ergänzen.

Die Mittel zur Erreichung des Vereinszweckes, der Umsetzung der wirtschaftlichen Macht in politische Macht, sind in erster Linie finanzielle. Seht da, auf diesen Seiten, was läuft, und schaut dann in eure Zeitungen und seht, was man euch dort vortrickst.

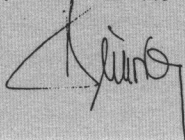
Für Politiker gibt's Geld. Für Geld gibt's Politiker.

Greifen wir uns, um das Türaus-Türein im Haus der Industriellen anschaulich zu machen, einen einzigen Tag heraus. Den 26. Juni 1975, an dem auch O. Keimel dort reich bescheckt wurde. Schon einige Zeit vor ihm war der Landesgeschäftsführer der FPÖ, H. Heinrich, bei den Industriellen aufgekreuzt. Er hatte erst vor drei Wochen bei der Industriellenvereinigung einen Barscheck in der Höhe von 13.000 und einen in der Höhe von 100.000 Schilling ausgefaßt. Heute kann er den Erhalt eines Schecks über 81.000 Schilling bestätigen.

Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Landesgruppe Tirol der Vereinigung Österr. Industrieller einen Barscheck Nr. 653668 in der Höhe von S 81.000.-- (Einundachtzigtausend) lautend auf die Bank für Tirol und Vorarlberg AG erhalten zu haben.

Innsbruck, am 26. Juni 1975

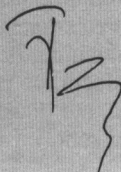


Um die Mittagszeit trifft der Landesparteisekretär der ÖVP, R. Fiala, im Büro der VÖI ein. Für ihn sind zwei Schecks vorbereitet, einer über 30.000 und einer über 210.000 Schilling.

Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Landesgruppe Tirol der Vereinigung Österr. Industrieller einen Barscheck Nr. 653674 in der Höhe von S 210.000.-- (Zweihundertzehntausend) lautend auf die Bank für Tirol und Vorarlberg AG erhalten zu haben.

Innsbruck, am 26. Juni 1975



Beinahe hätte er sich mit den Geldgebern verplaudert, und er wäre auf dem Gang mit dem Landesparteiobmann der FPÖ, G. Stix, zusammengestoßen. Stix wird von den Industriellen heute mit einem 50.000-Schilling-Scheck bedient. Trotz dieses regen Tagesbetriebs, trotz der anderen regen Tagesbetriebe, hat die Industriellenvereinigung am Monatsletzten noch eine Legge Geld im Trüchl. Aber es verkommt dort nicht. Der Geschäftsführer höchstselbst zählt am 30. Juni 1975 2.562 Tausender und einige Gröschlein herunter, stopft's in die Aktentasche und macht sich in der Dämmerung aus dem Haus. Zurück läßt er zwei Bestätigungen:

Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Landesgruppe Tirol der Vereinigung Österr. Industrieller einen Betrag von S 250.000.-- (Zweihundertfünfzigtausend) bar erhalten zu haben.

Innsbruck, am 30.6.1975

erhalten und weitergegeben
lt. Pers. Bescheid.



Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Landesgruppe Tirol der Vereinigung Österr. Industrieller einen Betrag von S 2.312.451,38 (Zweimillionendreihundertzwölftausendvierhunderteinundfünfzig) bar erhalten zu haben.

Innsbruck, am 30.6.1975

abgegeben und entgegen
H. Pion-Besle.



Wo geht er hin? Wem gibt er's? Ja, wem wird er die zweieinhalb Millionen Schilling "lt. Präsidiums-Beschluß" schon "weitergegeben" haben?

Das alles muß man einfach wissen, mein' ich, um am Wahltag über dieses Demokratie-Theater das Kreuz machen zu können.

Von zehn Tiroler Industriearbeiterinnen und Industriearbeitern räkern neun in VÖI-Mitgliedsbetrieben. Viele Millionen Schilling der von ihnen vom Zementensackln bei der Firma Schretter bis zum Mehlabpackln bei der Firma Rauch erzeugten Gewinne werden von den Industriellen in eine Politik gesteckt, die (siehe Nulllohnrunde, siehe Sparsteuer usw.) ganz klar gegen die Interessen der Arbeitenden gerichtet ist. Klassenkampf findet zwar im Sprachgebrauch nicht mehr statt, aber aus der Wirklichkeit konnte er noch nicht herausgeschminkt werden.

Eine kleine Abschweifung

Neben dem Weg über die Industriellenvereinigung haben die Geldigen in Tirol schon lange auch andere Pfade benützt, um aus dem Landesparlament eine Parodie auf ein Landesparlament zu machen. Hast du, liebe Leserin, lieber Leser, schon einmal etwas vom *Verband selbständig Wirtschaftstreibender* gehört? Ist nichts in der Zeitung gestanden darüber? Oder vom *Verband Christlicher Unternehmer*? Oder von der *Volkswirtschaftlichen Gesellschaft*? Hat man nichts im Radio gehört davon? Oder vom Verein *Die Brücke - Institut für soziale Marktwirtschaft*?

Die Idee dieser "Fördergesellschaften" kommt aus Deutschland, wo sich seinerzeit Großunternehmer zum Zwecke der Finanzierung der Adenauer-Politik unter Umgehung der Öffentlichkeit zu solchen Vereinen zusammengeschlossen haben. So wie es in Düsseldorf einen entsprechenden *Verein zur Förderung der sozialen Marktwirtschaft in NRW* gibt, so gibt es in Innsbruck das *Institut für soziale Marktwirtschaft* mit dem schönen Vereinsnamen *Die Brücke* (gegr. 1953). Zu wem schlagen die hier vereinten Unternehmer (Mölk, Heoscont Chemie, Alpine Chemische AG, Wohnungseigentum usw.), deren Mitgliedsbeitrag sich nach Umsatz und Beschäftigtenzahl richtet, diese Brücke? Die Person des Vereinspräsidenten, L. Bassetti, Landesrat i. R., weist in Richtung ÖVP. Eine Annahme, die wir Bassetti im August brieflich mitgeteilt haben und von ihm nicht dementiert wurde.

... seine Tätig... auf das ganze Gebiet der Bundesrepublik Österreich.

§ 2

Zweck

Das Institut, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt:

- a) Erforschung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung
- b) Marktforschung im Dienste der Wirtschaft
- c) Propagandistische und publizistische Tätigkeit bzw. Beeinflussung der öffentlichen Meinung zur Förderung der sozialen Marktwirtschaft.
- d) Vertretung der Interessen der Mitglieder im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft.

§ 3

Aufbringung der Mittel

Die erforderlichen Mittel werden aufgebracht durch:

- a) Aufnahmegebühren und Mitgliedsbeiträge
- b) Förderungsbeiträge

Aus den Vereins-Statuten der *Brücke*

Während *Die Brücke* in der Öffentlichkeit absolut keine sichtbare Tätigkeit entfaltet, ist die *Volkswirtschaftliche Gesellschaft für Tirol*, 1966 unter anderem von den Industriellen Schwarzkopf (Plansee) und Heiß (Tirolia) und den Finanzwissenschaftlern Koren und Andreae gegründet, äußerst umtriebig. Wie uns der Geschäftsführer dieses Vereins mitteilt, "wurde die Idee aus Bayern von der dortigen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft übernommen" (*Schreiben vom 14.9.92*), jener *Volkswirtschaftlichen Gesellschaft e.V.* in München, die (wie in wissenschaftlichen Publikationen ausgewiesen wird) zum Zwecke der Parteienfinanzierung errichtet worden war. Präsident der *Volkswirtschaftlichen Gesellschaft* ist heute der Direk-

tor der Adambräu Ges.m.b.H., J. Auckenthaler, vor ihm stand lange Jahre der spätere Präsident der Industriellenvereinigung, M. Huter, dem Verein vor. Von der Industriellenvereinigung kommt auch der größte Batzen Geld. Sie zahlt an die *Volkswirtschaftliche Gesellschaft* neben üppigen Mitgliedsbeiträgen auch noch üppige Förderungsbeiträge.

Ebenfalls aufs innigste verfilzt ist die Industriellenvereinigung mit einem Verein, der sich (wirklich !) *Verband Christlicher Unternehmer Tirols (VCU)* nennt (gegr. 1960). Als sein langjähriger Präsident, der Bauindustrielle M. Huter, zum Präsidenten der VOI wurde, folgte ihm der Banker O. Kaspar nach, Direktor der BTV, der Hausbank der Industriellenvereinigung. Wer sagt, der VCU beschäftige sich mit Parteienfinanzierung? Im *Verband Christlicher Unternehmer* wird doch für den Wahlerfolg der ÖVP nur gebetet.

Unter derselben Adresse wie die Vereinigung Österreichischer Industrieller findet sich der *Verband selbständig Wirtschaftstreibender (VSW, gegr. 1952)*. Sein Geschäftsführer ist Bachmann, der Geschäftsführer der Industriellenvereinigung. Sein Vorsitzender ist der Innsbrucker Stadtrat G. Greil, gleichzeitig Vizepräsident der Industriellenvereinigung. In bedeutenden Funktionen beim VSW sind auch noch die bereits genannten Bassetti, Katzenberger und Keimel.

Übrigens hat sich auch die Vorarlberger Industriellenvereinigung seinerzeit einen VSW gegründet. Auch dort wurde als Geschäftsführer der Geschäftsführer der Industriellenvereinigung eingesetzt. Dieser hat immerhin einmal (A. Pelinka gegenüber) die Abwicklung der Parteienfinanzierung aus Mitteln der VOI als Hauptaufgabe des *Verbandes selbständig Wirtschaftstreibender* bezeichnet. Bachmann hingegen hat meine Feststellung, daß sich der VSW "der Parteienfinanzierung verschrieben hat", als "polemisierende Falschdarstellung, die ich aufs schärfste zurückweise", abgetan (*Schreiben vom 29.7.92*). Wir werden *seiner* Falschdarstellung also in diesem Heft mit Dokumenten begegnen müssen. Daß diese wie alle hier gezeigten ursprünglich nicht für das Licht der Öffentlichkeit gedacht waren, dürfte der einzige Mangel sein, der ihnen anhaftet.

Eine Demokratie, wie sie im Büchl steht: im Scheck-Büchl

Die Kapitalisten legen ihr Geld nicht wie unsereins, wenn es ein paar Tausender hat, zum Eckzinssatz an. Sie investieren dort, wo die höchste Rendite winkt. Die ÖVP ist in Tirol eine gute Aktie. Die FPÖ ist eher langfristig interessant. Aber schauen wir uns doch einmal an, mit welchem Einsatz die Industriellen hier spekulieren.

1. DEZ. 1976		2
R		3
Ev.	Ab	

Innsbruck, 1976-12-01
Dr.B/Z

Sehr geehrter Herr Schwemberger,

bis Juni 1975 waren die Spenden und Subventionen, welche die Vereinigung Österr. Industrieller, Landesgruppe Tirol, im Rahmen ihrer selbst auferlegten sozialen Verpflichtung vielen Bedürftigen im Lande gewährt, sowohl für den Spender als auch für den Empfänger steuerfrei.

Eine in der Öffentlichkeit leider viel zu wenig beachtete Bundesgesetzgebung unterwirft ab dem 1.7.1975 (BGBl. 391/75) solche Spenden einer drastischen Besteuerung, offenbar um private Hilfsleistungen neben der staatlichen "sozialen Versorgung" unmöglich zu machen oder doch weitgehend zu schmälern.

Da unsere budgetären Mittel nicht um den nunmehr fälligen Steuerbetrag vergrößert werden können, wir aber in der

"Spenden für Bedürftige" und "selbst auferlegte soziale Verpflichtung":
Der Geschäftsführer der VÖI bricht uns glatt das Herz (aus einem Brief an die ÖVP Innsbruck, 1.12.1976).

Weil seit 1.7.75 solche Spenden, soweit sie überhaupt deklariert werden, mit einer 35%igen steuerlichen Abgabe belegt werden, suchen Geber wie Nehmer nach Umgehungsmöglichkeiten.

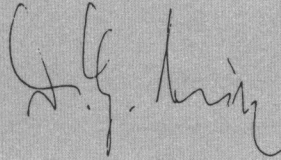
Der Landesparteiobmann der FPÖ, Stix, macht das so: Er legt der Industriellenvereinigung Rechnungen (ohne ausgewiesene Mehrwertsteuer!) für Meinungsbefragungen, Analysen, Studien eines ihm nahestehenden Institutes vor, wofür er dann - ohne Abzug - mit Scheck kassiert. Ich bin der Meinung, daß ein großer Teil dieser behaupteten Arbeiten gar nicht existiert. Bachmann bestreitet dies. Stix heuchelt gar: "Leider gibt es keine 'uns nahestehenden Institute'." (Schreiben vom 10.7.92)

Der Reihe nach: Im Mai 1976, um irgendwo anzufangen, trifft bei der VÖI eine Rechnung der "Gesellschaft für wirtschafts- und sozialpolitische Studien" (Wien) ein, die geradeaus 100.000 Schilling ausmacht. Behauptet wird darin eine erfolgte "Meinungsbefragung im Raume Innsbruck über die wirtschaftspolitischen Präferenzen und Verhaltensweisen der Erwachsenenbevölkerung im Großraum Innsbruck". Wurde eine solche Studie je vorgelegt? Im Tätigkeitsbericht der Industriellenvereinigung aus dem Jahre 1976 ist keine erwähnt. Für Herrn Stix ist das auch nicht so wichtig. Er darf am 4.6.1976 einen Barscheck, ausgestellt auf 100.000 Schilling, entgegennehmen.

Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Landesgruppe Tirol der Vereinigung Österreichischer Industrieller einen Barscheck-Nr. 701284 in der Höhe von S 100.000.-- (Schilling Einhunderttausend) lautend auf die Bank für Tirol und Vorarlberg, betreffend die Rechnung der Gesellschaft für wirtschafts- und sozialpolitische Studien, Wien, vom 5.5.1976, erhalten zu haben.

Innsbruck, am 4. 6. 1976

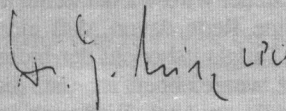


Im Dezember 1976 trudelt schon wieder eine Rechnung der oben genannten Gesellschaft bei der VÖI ein, für eine "durchgeführte vergleichende Analyse über die Arbeitszufriedenheit in Betrieben", wie behauptet wird. Die verlangten 75.000 Schilling werden schon wieder nicht mit Zahlschein überwiesen, sondern in Form eines Schecks vom Landesparteiobmann (LPO) abgeholt, der so unvorsichtig ist, die Übernahme mit "Dr. G. Stix, LPO" zu bestätigen (siehe unten).

Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Landesgruppe Tirol der Vereinigung Österreichischer Industrieller einen Barscheck Nr. 701287 in der Höhe von S 75.000.-- (Schilling Fünfundsiebzigtausend) lautend auf die Bank für Tirol und Vorarlberg AG erhalten zu haben.

Innsbruck, am 23.12.1976



Weil grad Weihnachten ist, bekommt Herr Stix an diesem Tag auch noch einen Scheck, lautend auf S 74.070 (= S 100.000 brutto), den er wie oben (mit LPO) quittiert.

Wenn man die FPÖ in nichts mit der NSDAP vergleichen könnte, so immer noch darin, daß diese wie jene von der Großindustrie großgezogen wurde.

Regier Parteienverkehr

Dr. Stix leistet eine Rate von 150.000,- im Wege
offener Zahlung (35% Abzug). Da dieser Betrag durch
Präs. Beschluß vom 1. 3. 77 gedeckt ist, sehe ich
keine Einwände. Dr. Stix holt den Scheck gegen Bestätig-
ung bei Hl. Fö ab.

Stix! Be.

Obige Aktennotiz von Geschäftsführer Bachmann verrät den Handel. Wie sieht denn eine Rate aus, die *nicht* "im Wege offener Zahlung (35% Abzug)" erfolgt? Wir werden's sehen. Die erbetenen 150.000 Schilling reduzieren sich netto auf einen Barscheck im Wert von 111.105 Schilling, der auch am 18.8.1977 von H. Heinrich, dem Landesgeschäftsführer der FPÖ, im Büro der Industriellen abgeholt wird.

Und die zweite Rate? Wo bleibt die? Am 21. September 1977 schickt die "Gesellschaft für wirtschafts- und sozialpolitische Studien" der Vereinigung Österreichischer Industrieller eine Rechnung "für die von Ihnen an uns vergebene vergleichende Analyse über die Interdependenzen von Arbeitsplatzzufriedenheit, Betriebstreue und Mitarbeitermotivation in der Tiroler Wirtschaft" und ersucht "um die Überweisung des Honorars in Höhe von S 250.000,-". (Mehrwertsteuer wird wieder keine ausgewiesen.) In diesem Schreiben ist keine Rede davon, daß eine Studie vorgelegt *wurde* oder *werde*. Im Tätigkeitsbericht der Industriellenvereinigung (1977), wo jeder Fuzz verzeichnet ist, ist diese eine Viertelmillion teure "Arbeit" nicht erwähnt. Wie auch immer, der Geldholder ist wieder einmal ... ? Erraten! G. Stix nimmt am 7.10.1977 den entsprechenden 250.000-Schilling-Barscheck an sich. Auch wenn, von wem auch immer, seiner Unterschrift ein kleines "i.A." zugefügt wurde, dürfen wir das glauben, was wir glauben.

Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Vereinigung Österr. Industrieller einen Barscheck Nr. 701296 in der Höhe von S 250.000.-- (Zweihundertfünzigtausend) lautend auf die Bank für Tirol und Vorarlberg AG, erhalten zu haben.

Innsbruck, am 7. 10. 1977

J. Linz A.

1978 "wünschte" Stix als "Anzahlung eines Teiles", wie Bachmann festhielt, "200.000 brutto offiziell. D.i. S 148.148.-" (*Aktennotiz*). Was er "offiziell" wollte, hat Stix am 3. Juli 1978 per Scheck erhalten. Verstehe ich obige Formulierung falsch, wenn ich herauslese, daß er den Rest *nicht offiziell* gewünscht hat?

Ich habe den Geschäftsführer gebeten, die von mir in ihrer Existenz angezweifelten Studien vorzulegen. Er hat darauf ein bißchen zu forsch, um nicht unehrlich zu wirken, geantwortet: "Es ist nicht Stil der Vereinigung Österr. Industrieller, derartige strategische Unterlagen auch nach gewissen Zeitabläufen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, und ich darf Sie persönlich zusätzlich darauf hinweisen, daß Sie zu einer solchen Forderung nicht das geringste Recht haben." (*Schreiben vom 29.7.92*)

auszüglich ... an ... VVP auszuzahlen.

7. Juli 1978
Es wird einstimmig beschlossen, der FPÖ (Nationalrat Dr. Stix) zusammen mit dem Verband Selbständig Wirtschaftstreibender einen Maximalbetrag von S 400.000.-- brutto zu gewähren. VÖI : Y1W 3 : 4 - 400.000.-- VSW

TIWAG.

Aus dem Protokoll des VÖI-Präsidiums vom 18.4.1978. Der handschriftlichen Notiz ist zu entnehmen, daß sich VÖI und Verband selbständig Wirtschaftstreibender (VSW) die Kosten, die ihnen die FPÖ macht, teilen.

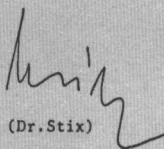
Weiter. 1979: Am 2. März geht Stix zur Industriellenvereinigung einen auf 148.148 Schilling (= S 200.000.- brutto) ausgestellten Scheck holen. Bereits am 25. April kann er dort erneut mit einem Scheck im gleichen Wert abziehen, wobei es sich laut Vermerk

Bachmanns wieder um eine "offene Quote für 200.000.- lt. Bitte Dr. Stix" handelt.

Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Landesgruppe Tirol der Vereinigung Österr. Industrieller einen Barscheck Nr. 1744072 in der Höhe von S 148.148.--(Schilling Einhundertachtundvierzigtausendeinhundertachtundvierzig) lautend auf die Bank für Tirol und Vorarlberg AG, erhalten zu haben.

Innsbruck, am 25. Apr. 1979



(Dr. Stix)

Wo so auffällig von einer "offenen Quote" die Rede ist, kann eine heimliche nicht weit sein. Am 19. April, drei Wochen vor den Nationalratswahlen und einige Monate vor den Landtagswahlen, legt ein "Institut für Grundlagenforschung" aus Salzburg der Vereinigung Österreichischer Industrieller, Landesgruppe Tirol, ein Angebot für eine "Studie: Die wirtschaftspolitische Situation im Bundesland Tirol" vor. Die gesamte Arbeit von der "Gestaltung eines Fragebogens" über die "Durchführung von 500 Interviews" bis zur "Herstellung der Berichtsbände" soll 150.000 Schilling zuzüglich Mehrwertsteuer kosten. Am 7. Mai ergeht der Auftrag nach Salzburg. Und obwohl 500 Interviews zu machen, auszuwerten und zu interpretieren sind, wird dem FPÖ-Obmann Stix von den Industriellen bereits am 10. Mai ein Scheck über 150.000 Schilling in die Hand gedrückt. (Die Mehrwertsteuer hat sich inzwischen erübrigt.)

Auf meine Fragen an Stix, "Welcher Art ist Ihre Beziehung zum Institut für Grundlagenforschung in Salzburg?" bzw. "Existieren denn die vorgegeben Arbeiten dieser Gesellschaft überhaupt, für die Sie Gelder der Industriellen in Empfang genommen haben?", schweigt er seit 17.7.1992.

Am 6. Juli 1979 bekommt Stix von der VÖI allem Anschein nach noch Wahlkampfauslagen in der Höhe von 153.448 Schilling beglichen, jedenfalls erhält er einen entsprechend dotierten Barscheck.

Sage niemand, die Haiderpartei sei aus dem Nichts aufgetaucht. Sie wurde systematisch gegen uns aufgebaut.

1980 nahm Stix von der Tiroler Industriellenvereinigung im Mai und im August jeweils die auffallend geraden Summen von 100.000 Schilling. Abgesehen davon, was er vielleicht sonst noch bekommen hat, wäre zu fragen, ob hier brutto bezahlt wurde.

1981 erst ist dann jemandem in der FPÖ die steuerschonende Idee gekommen, daß die FPÖ-Fraktion *Ring freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW)*, da sie keine Partei, sondern eine Interessensorganisation ist, nicht der 35%igen Abgabenzahlung unterliegt. Was ändert sich? Stix geht kassieren wie ehemals, nimmt aber offiziell die Schecks immer nur "für den RFW" oder "für Pischl", den RFW-Obmann.

Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Landesgruppe Tirol der Vereinigung Österr. Industrieller einen Barscheck Nr. 2532067 in der Höhe von S 300.000.-- (Dreihunderttausend) lautend auf die Bank für Tirol und Vorarlberg AG erhalten zu haben.

Innsbruck, 1981-06-16

H. Pischl

Entgegengenommen

81-06-26 H. Stix

Auch 1982 waren's wieder 300.000 für FPÖ-Obmann Stix, soll heißen für den RFW. (Diese Summe wurde übrigens von VÖI und VSW wieder im Verhältnis 3:1 aufgebracht.) Aber Schluß! Aus! Lassen wir das!

Ich denk' mir, wie entsetzlich es sein muß, als Politpensionist auf ein so erbärmliches, verlogenes Leben zurückblicken zu müssen, in dem man vorn herum den Leuten schön getan und auf Demokratie gemacht und hinten herum vom Großkapital die dicken Schecks eingesteckt hat!

Geld, das kleinweis unter anderem von Stücklohnnerinnen beim Seidensticker und von Nudelwalkern beim Recheis erarbeitet wurde und nie und nimmer denen gehört, die groß darüber verfügen!

In dieser Demokratie entscheidet die Mehrheit des Geldes

Die Macht der Großkapitalisten muß freilich breiter abgestützt werden als nur auf ein paar Parteifunktionäre und etwas Regierungspersonal. Um diese Macht zu wahren, bedarf es der Absicherung durch die Medien, der Beihilfe durch die Kirche, der Zuhilfenahme des gesamten Staatsapparates.

Das bestehende Unrecht braucht, um bestehen zu können, massiven Schutz. Stell dir vor, wir hätten alle das gleiche Auskommen, hätten alle angemessene Wohnungen, alle entsprechenden Anteil an politischen Entscheidungen usw. - wie wenig medialer, klerikaler, staatlicher Aufwand wäre da nötig! Aber reden wir nicht von morgen und von wäre, reden wir von heute und von ist.

Über Ausführen und Abfüttern von Journalisten auf Spesenrechnung der Industriellenvereinigung war allerhand im vorigen Heft zu lesen, ebenso über Redakteure, die "Honorar für journalistische Mitarbeit" von den Industriellen beziehen und vieles andere mehr. Wundert es, daß die Industriellenvereinigung Jahr für Jahr den Ehrenpreis für das *ORF*-Skirennen spendiert? Wundert es, daß der Meinungsindustrielle J. St. Moser (*Tiroler Tageszeitung* u.a.) Mitglied der Industriellenvereinigung ist und dort im Beirat des Präsidiums hockt - und die *TT* so ausschaut? Wundert es, daß die *VÖI* sich einerseits vom *Kurier* den Redakteur Krejci geholt hat und andererseits den Sekretär ihres Präsidenten Igler, G. Laudon, dort als Geschäftsführer eingesetzt hat, daß in jener Zeitung heute ein Herr Th. Faulhaber, der aus der Presseabteilung der *VÖI* kommt, und ein Herr C. Lenhardt, der aus der Stabsstelle Generalsekretariat der *VÖI* kommt, schreiben? Wundert jemanden, was in den Zeitungen steht oder was *nicht*? Wundert jemanden, daß in über tausend mit Skandalchen randvollen *Profil*-Nummern noch kein wahres Wort über die Industriellenvereinigung gestanden ist? Nach einer vom Sekretär des *VÖI*-Präsidenten, G. Laudon, angefertigten und unterzeichneten Notiz gibt es zwischen der Industriellenvereinigung und dem *Profil* ein "Gentlemen's Agreement" (zu deutsch: Gepackel), "durch das die *VÖI* (Vereinigung Österreichischer Industrieller) aus dem Schußfeld von *Profil*-Recherchen herausgehalten wird" (*AZ*, 3.2.81).

Um ihre Besitzstände zu sichern, braucht es das alles. Und es braucht noch viel mehr, siehe Heft 17 und siehe hier: Die Zuneigung des Großkapitals zu den Kirchenfürsten hat weniger mit der dadurch im Jenseits erhofften Vergebung seiner Räubereien zu tun als mit der erhofften und erhaltenen Unterstützung und Rechtfertigung seiner Räubereien im Diesseits. R. Stecher, Bischof von Innsbruck, vor der "Vereinigung Tiroler Schotter-, Beton- und Transportbetonwer-

ke": "Eine menschengerechte Wirtschaft braucht den Unternehmer."
 - "Es kommt die Stunde des Unternehmers!" - "Der Unternehmer ist
 ein Beruf, der unabdingbar ist für den Aufbau einer Welt mit
 Lebensqualität." (*Tirols Wirtschaft*, 25.9.92)

Wir wollen die Unterstützung des Klerus durch die Industriellen als
 Dank für die Unterstützung der Industriellen durch den Klerus nicht
 nur platt feststellen, sondern auch ein wenig illustrieren. Wenn die
 Plansee Werke dem evangelischen Pfarrer von Reutte zum Einstand
 50.000 Schilling zukommen lassen, so darf sich die Fabrikantenfa-
 milie erwarten, daß er ihre Lohnhackler mit einigem Erfolg auf eine
 Zeit vertröstet, wo sie bereits im Erdacker verfaulen.

Prok.Dr. Robert FREY

Wattens, 1977-09-19

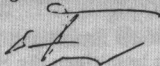
Vereinigung Österr. Industrieller
 z.Hd.Herrn LA Dr.Bachmann
 Salurnerstraße 15
 6020 I n n s b r u c k

Sehr geehrter Herr Dr.Bachmann !

Bezugnehmend auf die am 13.ds.Mts. geführte Besprechung
 empfehlen wir nachstehend angeführte Zahlungen durchzu-
 führen:

Pfarre Wattens z.Hd.Herrn Pfarrer Purtauf	S	48.000.--
Evangelische Pfarrgemeinde Jenbach z.Hd.Herrn Pfarrer Ungar	"	18.000.--
Ordinariat der Diözese Innsbruck z.Hd.Herrn Generalvikar Hammerl	"	12.500.--
Pfarramt Volders z.Hd.Herrn Pfarrer Mair	"	5.000.--
	S	83.500.--
		=====

Mit vorzüglicher Hochachtung



Wenn der Swarovski-Prokurist der Industriellenvereinigung regelmäßig empfiehlt, an verschiedene kirchliche Stützpunkte in der Swarovski-Region "Zahlungen durchzuführen", so ist auch das eine kluge Investition in die Zukunft des Unternehmens. Ganz bestimmt wird der Herr Pfarrer von Wattens, der z.B. im September 1977 mit 48.000, in den Monaten Oktober und November 1977 und seitdem viele weitere Male mit jeweils 24.000 Schilling auf einen Wink Swarovskis hin gesponsert wurde, den Wattenern vom Swarovski-arbeiter-Kind bis zum Swarovskipensionisten einschärfen, daß sie nicht zu begehren haben ihrer Nächsten Güter, z.B. die zusammenge rafften Bauerngüter der Swarovskis in Gnadewald. Wenn dem Generalvikar der Diözese persönlich immer wieder im Abstand von einigen Wochen im VÖI-Büro 12.500 Schilling in die Hand gedrückt werden, darf mit Erfolg erwartet werden, daß diese nicht auf die Sünden der heimischen Konzernherren zeigt.

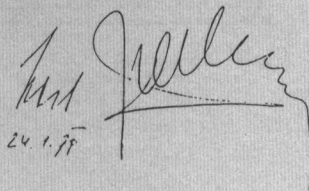
Die Religion, die uns in den Kopf gesetzt worden ist, noch bevor wir selbst zu denken angefangen haben, das ist schon wie ein Werksschutz in unserem Kopf!

Die Industriearbeiterinnen und Industriearbeiter bezahlen auch hier ihre Niederhaltung mit ihrer eigenen Hände Arbeit. Den Industrieherrn ist diese religiöse Einnebelung so wichtig, daß die VÖI seit 1957 den katholischen und evangelischen Klerus sogar mit der Zeitschrift "Informationen für Theologen" und einem sogenannten "Pfarrerbrief" bearbeitet!

Bestätigung

In der Präsidialsitzung vom 28.11.1978 wurde einstimmig beschlossen, aus Anlaß des dreifachen Jubiläums von Bischof Dr. Paulus Rusch an die Paulus-Rusch-Stiftung einen Betrag von S 100.000.-- zu widmen. Dieser Betrag wurde in Form eines Scheckes anläßlich des Besuches von Bischof Dr. Rusch im Büro der Industriellenvereinigung am 24. Jänner 1979 übergeben.

Innsbruck, 1979-01-24


24. 1. 79

Hundert Blaue für seine Exzellenz. Präsident und Geschäftsführer der Industriellenvereinigung bestätigen die Scheckübergabe.

Wie ist es möglich, daß der größte Teil der Bevölkerung dazu gebracht werden kann, für einen läppisch kleinen zu arbeiten, z.B. 3000 Plansee-Arbeiter in Reutte für die Familie Schwarzkopf? Mit religiöser Einschüchterung allein geht's nicht und mit Steuerung durch die Massenmedien. Es braucht eine vieljährige Schule, die schon die Kinder in diese Verhältnisse einführt, es braucht massig Gesetze, die diese Mißordnung stützen (Politik), und es braucht Exekutive, die über deren Einhaltung wacht: Es braucht Staat, viel Staat.

Unser Staat?

In der Volksschule bereits werden wir infiziert mit dem Gift, daß es sich bei diesem Staat um *unseren* Staat handle. Dieses in die wehrlosen Kinderköpfe geschmuggelte falsche Bewußtsein vom Zweck des kapitalistischen Staates sichert ihn gegen unsere Bedürfnisse ab und verschafft seinen Nutznießern einen für viele von uns lebenslang nicht mehr aufzuholenden Vorsprung. Aber dieser Staat ist nicht *unser* Staat, sondern denen ihrer für uns. Oder nur in dem Sinne wie, sagen wir, der Zwinger eines Hundes *sein* Zwinger ist und nicht der seines Herrn.

Der Staat sorgt dafür, daß Ordnung herrscht? Nein, er sorgt dafür, daß die Unordnung herrscht! Daß viele *nicht haben* und andere *haben*, das ist doch Unordnung, nicht Ordnung. Daß einige Wald-Villen im Naturschutzgebiet haben und andere am Verkehr ersticken, ist doch Unordnung. Daß die einen Beamtengagen von 100.000 Schilling haben und andere *keine* Arbeitslose, das ist Unordnung, deren Festigung viel Staat braucht.

Und wir finden es noch nett, daß ein so schöner Bau um uns herumgebaut wird. Dabei ist er unser Gehege! Als würde nicht genau mittels dieses Staates die Herrschaft über uns aufrechterhalten, die Zustände, unter denen wir leiden! Als hinderte nicht genau dieser Staat uns, die auf den Kopf gestellten Verhältnisse auf die Füße zu stellen!

Weil uns die Schule zuallererst eine blinde Staatsgläubigkeit zu verabreichen hat, ist sie auch ein ganz wichtiger Kampfplatz für das große Geld. Einiges über den Zugriff der Industriellenvereinigung auf das Schulsystem steht in Heft 16; auf mehr Platz aber wäre mehr darüber zu sagen, z.B. wie sie in der "Bildungspolitik" die Regierung vor sich hertreibt oder wie sie mit großen Geldscheinen z.B. in die Universität Innsbruck hineinfährt.



Foto: O. Schmuckler

Der Staat hat die große Masse der Bevölkerung mit Vorschriften, Anordnungen, Geboten, Erlässen und Gesetzen dorthin zu lenken, wo wir gebraucht werden. Auch wenn der kapitalistische Staat in demokratischer Kostümierung vor uns hintritt, bleibt's der kapitalistische Staat, der die, die Reichtümer haben, vor denen schützt, die keine haben. "Gerade die Marktwirtschaft bedarf eines handlungsfähigen Staates, der ihre Existenzbedingungen, wie unter anderem Wettbewerb und Freiheit des unternehmerischen Handelns garantiert." ("Programm '80" der VÖI) Wenn nicht mit aller Gewalt dieses System des Oben und Unten hergestellt und aufrechterhalten werden müßte, bräuchte es diesen Staat nicht. Die derzeitige schiefe Ordnung muß massiv gesichert werden, eine Gleichstellung aller Menschen hingegen hielte fast von alleine.

Wie nötig ein Staat ist, um die großen Geschäfte zu ermöglichen, führt uns derzeit das multinationale Kapital in Europa mit dem Bau des EG-Staates vor Augen. Bevor es richtig losschlagen kann, braucht das Großkapital zigtausend Reglementierungen und ein EG-Militär, das es schützt. Die, die hierzulande vor den Wahlen zum Schein "Weniger Staat!" gerufen haben, wollen uns nun in den Superstaat EG manövrieren. Und mehr Staat ist in der Tat nötig, um noch menschenfeindlichere Zustände (EG-Verkehr, EG-Atomkonzerne, EG-Nahrungsmittelindustrie, EG-Bodenspekulation usw.) durchzudrücken.

Ohne Staatsschutz gäbe es heute keinen BrauAG-Konzern und kein Billa-Imperium. Daß die großen Unternehmen in Österreich firmenmäßig das Staatswappen benutzen dürfen (Adler Lacke, Biochemie, Elektra Bregenz usw.), ist doch ein schönes Bild dafür, wem dieser Staat in erster Linie dient.



Foto: O. Schmuckler

Uns gibt sich der kapitalistische Staat ja nicht so ohne weiteres als Herrschaftsinstrument des großen Geldes zu erkennen, sondern gebärdet sich als Volkssache. Mit immer wieder einmal abgezogenen Wahlen treibt er diese Irreführung auf die Spitze.

Aber was ist mit den staatlichen Sozialleistungen? Sind *die* etwa nichts? Wenn du jemandem 100 Schilling gibst, und du bekommst dann 42 Schilling zurück und dann noch einmal 16 Schilling und 7 Schilling 20 und irgendwann dann noch 3 Schilling 55 und 1 Schilling 80 und 1 Schilling 40 und dann noch ein paar Groschenbeträge und aus!, dann wirst du wahrscheinlich nicht noch ungestüm dankbar sein. Es sei denn, es ist dir eingetrichtert worden, daß du nur auf 40 Schilling Anspruch hast. Wenn den Menschen, die ihr Leben lang an Kreissägen und an Hotelküchenherden stehen, statt, sagen wir, vierzig Prozent, von dem, was sie an Profit erarbeiten und was ihnen gehört, nur 31 Prozent genommen wird, ist das noch kein Sozialstaat, sondern immer noch ein Diebsstaat. Noch der 500. Arztbesuch und der 50. Kuraufenthalt wird nur aus dem bezahlt, was Arbeiterinnen und Arbeiter geschaffen haben. Selbst wenn das Geld für die Pensionen auf staatlichen Pump von den Banken kommt: auch dort liegt nur Geld, das von der arbeitenden österreichischen Bevölkerung, der inländischen und der ausländischen, erarbeitet worden ist.

Aber die Staatsgewalt ist doch auch für uns da? Ja, die Polizei beschützt uns, wenn wir nachts durch den Park nach Hause gehen, mich und den Herrn Langes-Swarovski, damit niemand sich an uns bereichern kann. Die Polizei schützt aber tagsüber niemanden davor, daß sich Herr Langes-Swarovski an ihm bereichert. Ja, sie schützt Herrn Langes-Swarovski vor denen, an denen er sich bereichert!

Läuft das ganze wenigstens darauf hinaus, daß die großen Profiteure des Staates für seine enormen Kosten aufkommen? So ist er nicht gedacht. Sie haben ein perverses Steuersystem eingerichtet: Die Kleinrentnerin zahlt Steuern, wenn sie einen Liter Milch kaufen geht, als hätte sie dabei einen kommerziellen Gewinn. Nicht nur, daß der Staat den täglichen Diebstahl an der Masse der Bevölkerung am Arbeitsplatz, beim Einkauf, im Mietshaus usw. möglich macht, hat die Masse die Kosten dieses gegen sie gerichteten Staates auch noch selbst zu bezahlen. Beim Mühlespiel nennt man sowas eine Doppelmühle. Der größte Teil der Staatseinnahmen wird von den Kuchenbröselfressern, den Arbeiterinnen und Arbeitern, den kleinen Gewerbetreibenden und Bauern aufgebracht. Mit den Steuern führen wir der Staatsmaschinerie ständig die Energie zu, die sie zur Aufrechterhaltung der bestehenden Unordnung braucht.

Da kommt so viel Geld in die Staatskassa, daß z.B. mit Milliardenbeträgen das Parteientheater subventioniert werden und der Personalstand der dienstbaren Beamtenschaft auf 700.000 anwachsen kann. Ach, es braucht so wahnsinnig viel Geld und so wahnsinnig viel Staat, um vergleichsweise so wenig Gewinn für so wenige Leute zu machen!

Kapitalismus heißt, daß man alle(s) kaufen kann

Aber diese Gewinne namentlich der Industriellen in Österreich sind doch so fett, daß sie mit ein paar Millionen da und ein paar Millionen dort die Spitzen der staatlichen Organe sehr geschmeidig machen können. Menschenfreundlichkeit steht allerdings hinter den satten Überweisungen an die ÖVP per Dauerauftrag genausowenig wie hinter den Prämien an verschiedene Organisationen der Exekutive. Die berechnende Zuneigung der Industriellen zu ihren Beschützern Gendarmerie, Polizei und Bundesheer wollen wir an ein paar feinen kleinen Beispielen zeigen.

Die paar Tausender, die die Vereinigung Österreichischer Industrieller (Landesgruppe Tirol) der *Illustrierten Rundschau der Gendarmerie* für Inserate hinwirft, sind natürlich nicht mehr als eine Erkenntlichkeit. Aber uns zeigt sie damit doch, wie sie sich der Staatsgewalt zu versichern weiß. Da sind nach Präsidiumsbeschluß auch einmal knapp 10 Blaue als Unterstützung drin für eine Festschrift der unabhängigen Gendamerie. 10.000 sind nur 10.000, und die regelmäßigen Spenden der VÖI für den *Ball der Kameradschaft der Exekutive* und für das *Frühjahrskränzchen mit Tanz* der Kameradschaft der Exekutive sind nur regelmäßige Spenden.

Es sind durchwegs Söhne aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien, die bei Gendarmerie und Polizei eintreten, aber sie sind postwendend auf die andere Seite gestellt. Der Uniformierte mit dem Strafgesetzbuch in der Rocktasche und dem Revolver am Gurt scheint über uns allen zu stehen, alle gleich scharf beobachtend. Wenn ich mit dem Rad gegen die Einbahn fahre, schreitet er ein. Aber den Betrug, der jede Minute an jedem arbeitenden Menschen verübt wird, den sichert er ab! Daß den Bergwerkern das Erz nicht gehört, das sie fördern, und den Stahlkochern der Stahl nicht, den sie gewinnen, und den Autobauern das Auto nicht, das sie bauen, das mein' ich. Die staatliche Gewalt als Mittäter.

Viele Unternehmen verteilen dafür Trinkgelder. Die Brenner Autobahn Aktiengesellschaft, z.B., läßt gern einige zigtausend Schilling für (kommerziell völlig sinnlose) Inserate in *Öffentliche Sicherheit*, *Gendarmerie Rundschau*, *Polizeisport* oder *Bundessicherheitswache* aus. Die Sparkasse Innsbruck hält sich einen *Polizeisportverein Sparkasse Innsbruck*. Die Industriellenvereinigung läßt sich ihre Sponsorentätigkeit u.a. mit Inseraten in *Polizei-Sport-Rundschau* und in Publikationen der *Internationalen Polizei Assoziation* belegen. Und die Firma Swarovski läßt der Sicherheitsdirektion und der Bundespolizeidirektion via VÖI in Abständen jeweils sechs- oder siebentausend Schilling zukommen.

Empfangsbestätigung

über den Erhalt von
S 6.000.-- (Schilling Sechstausend)
Bundespolizeidirektion Innsbruck
z. Hd. Herrn Hofrat Dr. Greiderer

Wattens, am 16. 11. 77



Der Chef der Bundespolizeidirektion Innsbruck, der nachmalige Landesrat Greiderer (SPÖ), unterschreibt persönlich.

Überall werfen sie Schutzwälle auf um ihre Besitzungen herum. Logisch erscheint es da, daß die Staatspolizei auch Ermittlungsaufträge von Privatfirmen annimmt, vornehmlich Aufträge, deren Beschäftigte zu observieren. Als vor zwei Jahren fast die Einstellung

dieses Service drohte, protestierte die Industriellenvereinigung beim Innenminister - mit Erfolg (*Salzburger Nachrichten*, 24.2.90 und 24.3.90). So ist das bei uns.

Weil leerstehende Wohnungen geschützt werden müssen vor denen, die keine haben, brauchen wir die Staatsgewalt, und damit Transitrollbahnen in Bauernwiesen geklescht werden können. Das ist ihr höherer Sinn, nicht, daß dir niemand das Börsi entreißt, wenn du einkaufen gehst. Daß wir das mit uns aufführen lassen, was mit uns aufgeführt wird - in unserem eigenen, einzigen kurzen Leben, dafür.

Prof.Dr.Robert FREY

Wattens, am 26.11.1981

An die
Vereinigung Österr.Industrieller
Landesgruppe Tirol
z.Hd.Herrn LA Dr.Dietmar Bachmann
Salurnerstraße 15
6020 I n n s b r u c k

Sehr geehrter Herr Doktor Bachmann,

bezugnehmend auf die am 26.11.1981 geführte Besprechung
empfehlen wir, nachstehend angeführte Zahlungen durch-
zuführen:

Verband Selbständig Wirtschaftstreibender	S	30.000.--
Tiroler Volleyballverband	"	10.000.--
Junge Industrie, Tennisturnier	"	1.000.--
Landesgendarmenkommando	"	10.000.--
Sicherheitsdirektion für Tirol	"	7.000.--
Bundespolizeidirektion	"	7.000.--
Ordinariat der Diözese Innsbruck	"	12.500.--
Vinzenzverein	"	12.000.--
Brandmair	"	25.400.--
Bacher	"	15.600.--
Scheller	"	11.700.--
Dr.L.Söldner	"	6.000.--
Direktor F.Fröhlich	"	6.000.--
Röm.Kath.Pfarre Wattens	"	24.000.--
Evangelische Pfarre Jenbach	"	9.000.--
Diakonischer Verein Jenbach	"	3.000.--
	S	190.200.--

Das Bundesheer schützt die Geldhäuser

Indem die Geldsäcke ihren Besitz so bewachen lassen müssen, gestehen sie schon ein, daß er nicht rechtens ist. Österreich ist kein Militärstaat, aber es ist alles hergerichtet dafür. Die Vereinigung Österreichischer Industrieller (Landesgruppe Tirol) setzt nicht nur regelmäßig Preise aus für Wettschießen der Unteroffiziere mit dem Sturmgewehr und stiftet nicht nur Ehrenpreise für die "schießwettkampfmäßige Kaderfortbildung" beim Militärkommando Tirol, sie trägt auch gern über Inserate (*Heeressportkalender, Military Sport*) und über Ehrenspenden bei verschiedenen Garnisonsbällen zur Unterstützung des Heeres bei. Was ist das schon, könnte man einwenden, die VOI in Wien, so geht die Rede, finanziert massiv die *Österreichische Militärische Zeitschrift*. Na und, könnte man drauf wieder sagen, der Zeitungsindustrielle J. St. Moser zahlt im Alleingang die Illustrierte der Offiziersgesellschaft Tirol (*Appell*), und so weiter. Die jungen Soldaten, die wie Hunde die burgenländische Grenze auf- und abgehetzt werden, und der dreckig bezahlte Unterbau, das sind Leute wie wir. Aber die mit den goldenen Keks am Kragen, die werden an die andere Seite gekettet.



EINE IHM ALS DANK für die vielen großzügigen Preisspenden für militärische Veranstaltungen gewidmete Ehrenscheibe übergab gestern Militärkommandant Divisionär Erich Seyer an Komm. Rat Daniel Swarovski. V. l. n. r.: KR Daniel Swarovski, der bekannte Tier- und Jagdmaler Hubert Weidinger, der die Scheibe herstellte und Divisionär Erich Seyer.

TT-Foto: Zoller

Tiroler Tageszeitung, 27.1.1987

Der langjährige Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Krejci, ist nicht ganz zufällig Vorsitzender der "Initiative Miliz", die vom "Verteidigungsministerium" eingerichtet worden ist. Über

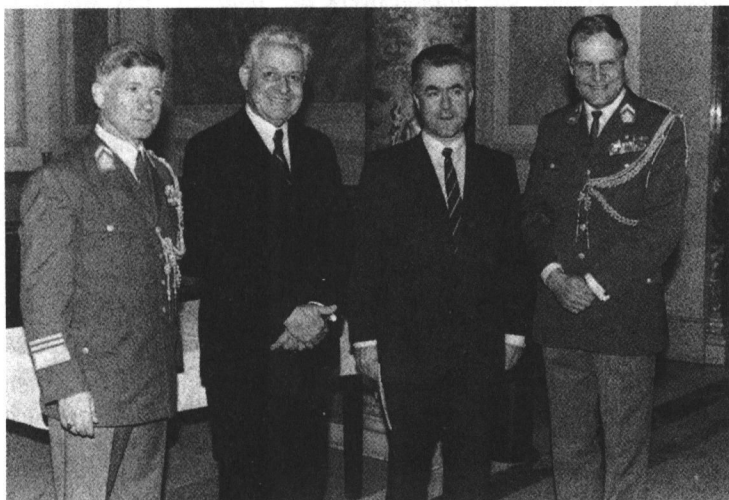
ihren Tochterverein "Institut für Wirtschaft und Politik" propagiert die Industriellenvereinigung in Aussendungen den Heeresausbau. Nachdem Mitte der Achtzigerjahre ein Funktionär der VÖI, der Konzernmanager H. Krünes, eine Zeit lang an der Spitze des "Verteidigungsministeriums" gestanden war, ist nach den letzten Wahlen gar dem Generalsekretär der Industriellenvereinigung, man stelle sich das vor!, angeboten worden, "Verteidigungsminister" zu werden (*Kurier*, 13.11.90). Auf seine Ablehnung hinauf ist es dann ein Bürschchen aus dem deutschen Henkel-Konzern geworden. In den Kassen der Industriellen, das zeigt dieses Heft, ist so viel zusammengerafftes Geld, daß es hinter dem Schein einer Demokratie eine Einbetonierung ihrer Macht erlaubt, die alle Demokratie verhöhnt. Da können wir lang wählen und wechselwählen dagegen und ungültigwählen und nichtwählen.

Mit Lohnsteuergeldern und Mehrwertsteuergeldern ist in der Zweiten Republik wieder ein Bundesheer aufgerichtet worden, das wieder nicht dazu gedacht ist, für die österreichische Bevölkerung zu kämpfen.

Dies ist den Kapitalisten ihr Staat. *Für uns* gibt's ein bißchen demokratischen Firlefanz, ein bißchen Fernsehdiskussionen, ein bißchen *Profil*-Leserbriefe, ein bißchen Tag der offenen Tür im Landhaus und im Parlament. *Sie* aber haben Vorgekehrung getroffen und diese falsche Ordnung, diese himmelschreiende Unordnung, massiv abgesichert. Banken und große Industriebetriebe haben reihenweise Schutzverträge mit Einheiten des "österreichischen" Bundesheeres in der Tasche oder im Tresor. (Nach Auskunft eines Militärs ist in diesen Verträgen der Objektschutz im Krisenfall geregelt.) Einen solchen Pakt, wie ihn die *Sparkasse Innsbruck* mit dem Landwehrstammregiment 62 hat, öffentlich "Partnerschaft" genannt, haben z.B. auch die Banken *Oberösterreichische Raiffeisen-Zentralkasse*, *Girozentrale* oder *BAWAG*, Versicherungen wie *Merkur-Versicherung*, *Wiener Allianz* oder *Donauversicherung*, Stromfabriken wie *Draukraftwerke AG*, *STEWEAG* oder *SAFE*, inländische Industriebetriebe wie *Hirtenberger Patronenfabrik*, *ÖMV* oder *Leykam AG* - und schließlich viele ausländische Multis wie *ITT*, *Kapsch*, *Semperit*, *Shell*, *Siemens*.

Die Industriellenvereinigung selbst hat auch so eine "Partnerschaft", scheinheiligerweise eine mit dem Gardebataillon Wien, laufen. "Diese Partnerschaft hat im vergangenen Jahrzehnt die Zusammenarbeit zwischen dem Österreichischen Bundesheer und der Industrie weiter verfestigt und wurde sowohl von hohen Militärs als

auch von den Spitzenrepräsentanten der VÖI als sinnvoller Brückenschlag gewürdigt." (*Industrie*, 25.10.89)



Der Apparat

Was ist ein Schmarotzer? Ein Schmarotzer ist, wer von anderer Leute Arbeit lebt. Die Industriellen sind (also) Schmarotzer. Nebst dem, was ein jeder von ihnen an Villen, Limousinen, Privatflugzeugen an sich bringt, rafften sie zusammen österreichweit pro Jahr um die 500 Millionen Schilling für ihren Verein, die VÖI, an sich. So wenig die Hunde für die Hundesteuer aufkommen, so wenig die Unternehmer für die Unternehmersteuern und die Mitgliedsbeiträge an die Industriellenvereinigung. Die jahraus jahrein am Betonrüttler der Porr AG stehen, sind's, und die Preiselbeersiederinnen bei Unterweger, die den Luxus der Herren Industriellen und den kollossalen Apparat des Vereins finanzieren.

Ein Drittel dieser Beute geht, wie in diesem Heft gezeigt wird, gewiß in Gagen für Wahlshows auf. Natürlich kostet auch das Geschmeidigmachen der Presse, der Exekutive, der Finanz usw. die eine oder andere Million, oder auch die eine *und* die andere. Dazu aber haben sich diese Brüder sozusagen einen Staat im Staate aufgebaut mit zahllosen Organisationen und sogar einer in allen Sparten besetzten Schatten-Regierung. Die Macht, die von den Industriellen verübt wird, geht von einer starken Organisation aus. Während die VÖI maßgebend beteiligt ist am *Institut für angewandte Sozial- und Wirtschaftsforschung*, am *Institut für Bildung und Wirtschaft*, an der

Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule oder an den *Volkswirtschaftlichen Gesellschaften*, gehören ihr z.B. das *Institut für Wirtschaft und Politik*, das *Bildungswerk der Industrie*, das *Managementinstitut der Industrie*, das *Spracheninstitut der Industrie* und das *Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft* ganz. An Untervereinen hat die Industriellenvereinigung u.a. einen Verein *Junge Industrie*, einen Verein *Gruppe 1031* und einen Verein *Wirtschaftsforum der Führungskräfte*. Der Meinungsmache dient neben ihrer *Österreichischen Politischen Korrespondenz* der *Pressedienst der Industrie*, der über die Austria Presse Agentur alle wesentlichen Redaktionsstuben in Österreich erreicht. Zu ihrem Buch- und Zeitschriftenverlag *Austria Press* hält sich die VÖI den *Signum Verlag*, der Zeitschriften wie *Die Industrie* (für die Industriellen), die *Industrie-Zeitung* (für deren Buggler), das Wirtschaftsmagazin *Thema* oder die *Politischen Perspektiven* des ÖVP-Akademikerbundes herausgibt und neuerdings vor allem EG-Propaganda-Bücher verlegt. Das ist nicht alles, was sie tun. Aber alles, was sie tun, tun sie mit dem Geld anderer. Die Lohnarbeiter in den Perlmoser Zementwerken und in den Tiroler Röhrenwerken haben keine Zeitung und keinen Verlag und kein Institut und kein gar nichts.

Das ist so wie mit den ungesunden Amalgamplomben, die du im Mund hast, während der Krankenkassenbonze, den du mit deinen Beiträgen erhältst, die teuren, aber gesünderen goldenen Kronen auf seinen Zähnen sitzen hat.

Wie gesagt, im Haus der Industrie, einem Jahrhundertwendepalast am Wiener Schwarzenbergplatz, sind für alle wichtigen Sachgebiete (Finanz- und Steuerpolitik, Handels- und internationale Währungspolitik, Sozialpolitik, Bildungspolitik usw.), Ministerien gleich, Abteilungen eingerichtet, die zusammen eine vollständige andere Regierung ergeben. Hie und da tritt einer sogar aus diesem Schatten-Kabinetts heraus und wie z.B. Günter Stummvoll oder Heinrich Neisser oder Johannes Ditz für einige Zeit ins offizielle Regierungskabinetts über. Aber notwendig für die Durchsetzung der Interessen der Industriellenvereinigung ist es nicht. Diese verhungerte Demokratie hat der Macht des Geldes nichts an. Sie ist vielmehr - ganz wie sie ist - ein Instrument zur ständigen Mehrung dieser Macht.

Eine Schein-Demokratie? Ja, eine Scheine-Demokratie!

Der private Verein VÖI hat seinen Arsch in unzähligen Ausschüssen und Kommissionen hocken, wo mehr entschieden wird als in Landtagen und im Parlament. Leidig zu sagen, daß natürlich keine Arbeiterin in allen diesen Gremien sitzt. Sie hat ja auch keine Zeit

dazu, muß sie doch im Akkord für ihre Herren bei Geiger-Moden Steppnähte nähen. Und weil das so ist, wird das auch noch lange so bleiben, es sei denn ... *siehe ab Seite 44!*

In Tirol sitzt der Hintern der Industriellen z.B. im Aufsichtsrat der TIWAG, die an sich im Eigentum des Landes, d.h. seiner Bevölkerung stünde. Er sitzt in der *Raumordnungskonferenz* und im *Raumordnungsbeirat* sowie dessen wichtigsten Untergruppen (u.a. Energie, Industrie) ebenso wie in anderen Beiräten (z.B. für Arbeitnehmerförderung) und Kuratorien (z.B. zur Förderung der Jugendbeschäftigung). Aber hier wie dort sind die VÖI-Herren nicht aufgrund ihrer Klugheit, sondern der Macht ihres Geldes wegen vertreten.

PSK Österreichische POSTSPARKASSE Empfangschein		Zahlungszweck INNSBRUCK bd 12.11.75-17 6010		-20,-
PSK-Kto.Nr. d. Kreditunternehmung PSK-Kto.Nr. Giro-Kto.Nr. d. Einzahlers		Einzahler (Name und Anschrift) Österreichischer Industriellenverband Landesgruppe Tirol 6020 Innsbruck, Salurngasse 15 TEL 05222/34134		
PSK-Kto.Nr. d. Kreditunternehmung 4606.754		Empfänger Sparkasse der Stadt Innsbruck mit Sparkasse der Stadt Hall 6021 Innsbruck		
PSK-Kto.Nr. Giro-Kto.Nr. d. Empfängers 0000-076646		LEBENSILFGE-GESELLSCHAFT FÜR DAS ENTWICKLUNGSBEHINDERTE KIND, INNSBRUCK		
Lesezone — Bitte weder auf der Vorder- noch auf der Rückseite beschriften oder bestempeln				

Weil es vielleicht ungerecht gegenüber den Industriellen wäre, nur ihre politischen Spenden anzuführen und von ihren selbstlosen Gaben an karitative Organisationen nicht zu reden, hier ein paar Beispiele ihrer Wohltätigkeit: Der *Lebenshilfe* spendet die VÖI 1976 zwanzig, 1978 sogar dreißig Schilling. Dem *Tiroler Blindenverband* wird allein im Jahr 1976 ein ganzer Fünfschilling-Schein überreicht, ein ebenso hoher Betrag geht 1978 auch an die *Tiroler Volkshilfe*. Für das *SOS Kinderdorf* greifen die Herren Fabrikanten schließlich ganz tief hinein: Sowohl 1976 als auch 1977 werden zwanzig Schilling angewiesen, 1978 werden auf diese Summe glatt noch fünfzig Prozent draufgeschlagen.

Wie sie ihre vereinsinterne "Demokratie" organisiert haben, zeigt, was sie sich vorstellen: Je mehr Untertanen einer hat, umso mehr Gewicht muß seine Stimme haben. "Das Stimmrecht der Mitglieder ist von der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl ihrer Betriebe abhängig, und zwar gibt die Zahl bis zu 100 beschäftigten Personen das Anrecht auf 1 Stimme, bis zu 400 beschäftigten Personen das



Oben

(Foto: VÖI)



und unten

(Foto: D. Swarovski)

Anrecht auf 2 Stimmen, bis zu 700 beschäftigten ..." usw. (§ 8 der "Satzung der Vereinigung Österreichischer Industrieller - Landesgruppe Tirol" - Ausgabe 1992). Reden wir vom alten Rom der Sklaventreiber oder von Österreich?

Weil auch die etwas mühsameren Umwege für die Ausübung ihrer Macht, die die formale demokratische Verfassung zuweilen vorsieht, zum Ziele führen, haben die Reichen gelernt, auch diese zu gehen. Der Staat, ihr Staat, hat ihnen so viele Rutschen gelegt, daß absolut nichts danebengehen kann. "So wird die Industriellenvereinigung von den Ministerien offiziell über die sie berührenden Angelegenheiten unterrichtet und häufig zur Mitarbeit aufgefordert", heißt es sogar in dem vom derzeitigen Nationalratspräsidenten herausgegebenen Buch "Das politische System Österreichs". Vertreter der VÖI nehmen wie selbstverständlich regelmäßig an Beratungen von Arbeitskreisen in den verschiedenen Ministerien (für Finanzen, für Justiz, für Soziales usw.) teil. Bevor Gesetze der parlamentarischen Zustimmungsmaschine vorgelegt werden, werden sie auch der Industriellenvereinigung zur Begutachtung übermittelt. Und sie ist auch in Gremien vertreten, die dann mit der Durchführung der erlassenen Gesetze zu tun haben. Ohne daß ihr auch nur ein Buchstabe des geschriebenen Gesetzes das Recht dazu gäbe, mischt sie in Unterausschüssen des Nationalrates mit und sitzt in jener Paritätischen Kommission, die Löhne und Preise festsetzt, und und und.

Die Großindustriellen in Österreich haben über die VÖI allein auf Bundesebene ihre Taten in mehr als 30 Beiräten, Arbeitsgruppen, Komitees, Konferenzen und Instituten, was red' ich, nein!, in mehr als 60 solcher Arbeitsausschüsse, Vereinigungen, Gesellschaften, Räte und Fonds, noch einmal nein!, in mehr als 100 solcher Kommissionen, Versammlungen, Kuratorien, Arbeitsgemeinschaften, Foren und Stiftungen. Der Zugriff dieser hundertfingrigen Hand auf alles und jedes im Land, von der Wirtschaftspolitik (z.B. *Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen*) bis zur Bildungspolitik (z.B. *Schulreformkommission*) und von der Sozialpolitik (z.B. *Arbeitnehmerschutzkommission*) bis zur Umweltpolitik (z.B. *Beirat für Umweltschutz*), sichert die Macht des Geldes und weitet sie aus. In unserer Verfassung gibt es das gar nicht, nur in unserer Wirklichkeit. In unserer Verfassung gibt es eine Demokratie, nur in unserer Wirklichkeit gibt es sie nicht.

Natürlich gehört die Vereinigung Österreichischer Industrieller aufgelöst! Solange es so etwas gibt, kann es keine Gleichheit der Menschen geben.

Mindert es den Skandal, wenn gesagt wird, daß auf der anderen Seite der ÖGB seine Leute in fast ebensovielen Ausschüssen sitzen hat? Nein, es vergrößert ihn! Denn auch dort sitzen statt denen, die arbeiten, Bonzen, die sich an ihnen vollgesogen haben.

Aber dies alles (*Seite 18 - 34*) hier nur nebenbei.
Wo waren wir stehengeblieben? Wie heißt das Thema?

Die Genommenklatura in Tirol

Das Kapital läßt sich die geschickte Tarnung der wahren Verhältnisse einiges kosten. Gemessen an den Profiten, die die Geldsäcke aus diesem System ziehen, ist's freilich nur ein Spottgeld, das sie fürs demokratische Eingeräusch übrig haben. Den echten Preis für die Gaukeleien, die die Parteien vor uns abziehen, zahlen ja wir, und das nicht nur im übertragenen Sinne. Nicht genug damit, daß uns lasterweis' Sand in die Augen gekippt wird, haben wir diesen auch noch selbst zu blechen. Bei mehr als 1500 Millionen Steuerschillingen, mit denen die Parteien sich Jahr für Jahr aus den Budgets bedienen, können sich die Industriellen einigermaßen zurücklehnen. Es darf angesichts der Zahlungen der VÖI, von denen in diesem Heft die Rede ist, niemals vergessen werden, daß es sich dabei nur um Prämien für ihre Leute handelt.

Oben sitzen soviel *ihre Leute*, daß die Industriellen sich fast nicht davor erwehren. Das geht von der FPÖ-Spitze bis hinunter zur ÖVP-Frauenbewegung und vom Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) bis hinauf zum ÖVP-Landeshauptmann. Dieses breite Angebot mag sogar ein wenig auf den Preis drücken. Da gibt's dann für das Freiheitliche Frauenreferat nur noch quasi Aufmerksamkeiten oder auch für die Fraktion Christlicher Gewerkschafter in den Innsbrucker Stadtwerken oder die Turn- und Sportunion der ÖVP oder für ein ÖAAB-Faschingskränzchen da und eine ÖAAB-Weihnachtsfeier dort. Die echte finanzielle Beteiligung an den Erfolgen der Industriellen fängt dann bei den Studentenvertretern an, aus denen man einmal etwas Großes machen kann. Da gibt's Prozente, oder sagen wir besser Promille, für den RFS und verschiedene ÖVP-Fraktionen, wobei die reaktionäre JES (Junge Europäische Studenteninitiative) stets am besten bedient wird.

Über Gratifikationen freuen können sich auch der ÖVP-Akademikerbund und der ÖVP-Seniorenbund und "Ihr aufrichtig ergebener Thoman" vom Tiroler AAB (*aus einem Bittschreiben an den VÖI-*

Präsidenten vom 2.8.73). Selbst gelernte, von klein auf abgerichtete ÖVPLer könnten noch zu wenig kurstreu sein, wenn sie sich nicht immer wieder an VÖI-Happen orientieren könnten.

...eilen zu können, daß der Bes-
schluß gefaßt wurde, Ihnen eine Subvention im Betrage
von S 10.000.-- zukommen zu lassen. Wir überweisen Ih-
nen den Betrag unter einem auf Ihr Konto-Nr. 0000-020073
bei der Sparkasse Innsbruck-Hall.

Wir wünschen Ihren wertvollen Bestrebungen weiterhin
besten Erfolg und verbleiben

mit vorzüglicher Wertschätzung
Der Geschäftsführer :

An die
Studenteninitiative
JES
Innrain 36/P.
6020 Innsbruck

Schreiben des VÖI-Geschäftsführers an die JES (1982)

Harald S. steht am Alu-Strangpresswerk beim Thöni in Telfs. Mit mehr als 1000 Schilling fördert er jedes Jahr über den Mitgliedsbeitrag des Fabrikbesitzers die VÖI. Und finanziert damit eine ÖVP mit, die seinen Lebensinteressen im Wege steht, und eine FPÖ, vor der er sich schon fürchten muß.

Der Kurs der Politiker bestimmt ihren Kurs

Die obskure Innsbrucker Gemeinderatspartei Tiroler Arbeits-Bund (TAB) hat sich am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck eine dicke Heldengeschichte schreiben lassen. In diesem (von Prof. A. Pelinka herausgegebenen) Buch heißt es, "für die erste Kandidatur (des TAB im Jahre 1971) mußte durch ein Mitglied ein Darlehen aufgenommen werden. (...) Spenden gingen nur in sehr bescheidenem Ausmaß ein (...). Für den Wahlkampf 71 notwendige Ausgaben summierten sich zu einer Größenordnung von etwas unter S 100.000.--." Es kämen einem glatt die Tränen, wüßte man nicht, daß die VÖI (s. *in diesem Heft auf Seite 4*) dem TAB 1971 100.000 Schilling hineingeschoben hat. 1977 hat die Industriellenvereinigung dem TAB zumindest 200.000 Schilling brutto für den Wahl-

kampf zugesteckt. Werbeschmäh dieser Partei 1977: "Ein wesentlicher Grund der Kandidatur des TAB liegt darin, den Multifunktio- nären, Ämterkumulierungen, Machtverfilzungen und allen Entar- tungen der Demokratie den Kampf anzusagen." Und das geht so weiter und so fort, auch wenn uns die erwähnte TAB-Saga von Georg Wimmer weismachen will: "Der Wahlkampf 1983 wurde vollständig über die (gesetzliche) Parteienfinanzierung bzw. die Fraktionsgelder bestritten."

DR. WILHELM STEIDL
STADTRAT DER LÄNDERHAUPTSTADT INNSBRUCK

Präs. W. H. z. H.
Le 14. XI. 81

An die
Vereinigung Österreichischer
Industrieller
Landesgruppe Tirol
zH Herrn Präsidenten
KR. Dipl. Ing. Fritz Heis
Salurner Straße 15
6020 INNSBRUCK

2.11.1981

Sehr geehrter Herr Präsident !

Lieber Fritz !

Vielen herzlichen Dank für Dein Schreiben vom 30.10.1981. Sein Inhalt hat bei den Gemeinderäten der Fraktion TAB große Freude ausgelöst. Ich darf mir erlauben, Dir und den Herren des Präsidiums für diese Zuwendung sehr herzlich zu danken.

Ich bin sicher, daß ohne unsere Kandidatur in

der Anträge und Anfragen bitte ich Dich
der Broschüre entnehmen zu wollen.

*Mit den besten Grüßen
und vielen Dank
Von H. H.*

Schreiben des TAB-Stadtrates W. Steidl an den VÖI-Präsidenten

Und so wählen viele von uns, wenn sie wählen, die Vertreter der anderen Seite. Immer wenn es heißt, es wurde die und die politische Entscheidung getroffen, wurde vorher ein Herr mit Scheck getroffen. Wenn es heißt, es wurde die und die politische Haltung eingenommen, kann man sicher sein, daß vorher ein Pack Geld eingenommen wurde. Und wenn es heißt, es wurde der und der politische Antrag eingebracht, wurde bereits vorher eine runde Summe eingebracht.

In diesem Heft ist nur die Rede von Geldern, die zusätzlich zu regelmäßigen monatlichen Überweisungen der VÖI-Zentrale, sozusagen per Dauerauftrag, fließen. Und die Beispiele, die hier angeführt werden, sind nur Beispiele aus einigen Jahren. Und nur aus einem Bundesland. Das geht so fort all die Jahre herauf bis heute, ja, bis morgen. Für die Jahre um 1980 ist es lediglich am besten dokumentiert.

"Die ÖVP kann sich nicht verkaufen!", hört man oft sumsen. Das ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß sich die ÖVP vollständig verkauft. Ob jetzt 30.000 Schilling von der VÖI per Anweisung an die ÖVP-Stadtparteileitung Schwaz ("Wir möchten mit dieser Subvention die Anerkennung Ihrer Bemühungen zum Ausdruck bringen") gehen oder 30.000 Schilling von der VÖI per Scheck an den ÖVP-Wirtschaftsbund Schwaz oder 30.000 Schilling von der VÖI in den ÖVP-Gemeinderatswahlkampf in der Nachbargemeinde Vomp ("als Abwehrmaßnahme" gegen "zwei Namenslisten der Sozialisten") gesteckt werden, um nur einmal von dieser Region zu reden. Zusätzlich trudeln von den großen VÖI-Mitgliedsfirmen Empfehlungen im Büro der Industriellenvereinigung ein, diesen oder jenen Politiknecht zu unterstützen. "Sehr geehrter Herr Doktor Bachmann," wendet sich beispielsweise der Swarovski-Prokurist an den Geschäftsführer, "bezugnehmend auf die am 4. April 1980 geführte Besprechung empfehlen wir, nachstehend angeführte Zahlungen durchzuführen: (...) Div. politische Spenden: 80.000.--". Oder: "Sehr geehrter Herr Doktor Bachmann, bezugnehmend auf die am 21. März 1983 geführte Besprechung empfehlen wir, nachstehend angeführte Zahlungen durchzuführen: (...) Politspende: 29.000.--". Usw. Der Herr Doktor weiß schon, wem er diese Bonuszahlungen zustecken hat. Wir wissen nur, daß die Swarovskis stets jene politische Richtung gefördert haben (u.a. die Nazis), die für ihr Geschäft das beste Geschäft gebracht hat. Und zwar still und heimlich. Denn, so Daniel Swarovski, "wenn man eine gute Tat vollbringt, in der Absicht, sie an die große Glocke zu hängen, dann ist sie schon nicht mehr so gut." (*Trend*, 12/1975)

Reutte, 1. August 1980

E m p f e h l u n g

Empfänger : ÖVP-Bezirksleitung, Reutte

Betrag : S 30.000.-- (netto)

Konto : Nr. 11 3530 - Sparkasse des Marktes Reutte

Eine "Empfehlung" der Plansee Werke AG an die VÖI

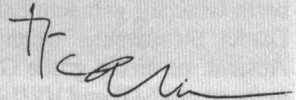
Sie packln, tausenderpackln, ja hunderttausenderpackln.

Sind's Kaufpreise oder Mietpreise? Ist's die Leihgebühr, wenn der Landesparteisekretär der ÖVP, R. Fiala, einen VÖI-Scheck über S 370.370.- in Empfang nimmt (24.4.1978)? Ist's Personal-Leasing? Mit Rückgaberecht? Was ist's, wenn Fiala einen Scheck der Industriellen in der Höhe von S 240.740.- kassiert (13.1.81)? Ist's ein Ratenkauf? Ist's Provision oder Fixum? Ist's Benutzungsgebühr? Verwendungszulage? Wenn dem Landesparteisekretär der ÖVP im Büro der Industriellenvereinigung ein auf 100.000 Schilling ausgefüllter Scheck übergeben wird (26.7.82), ist's eine Anzahlung? Ist's Abzahlung? Ist's Gewinnbeteiligung? Und was ist mit den beiden hübschen Schecks, die Fiala am 10. Mai 1983 im VÖI-Büro an sich nimmt? Sind's Prämien? Gar Sonderprämien?

Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Landesgruppe Tirol der Vereinigung Österreichischer Industrieller einen Barecheck-Nr. 1744059 in der Höhe von S 370.370.-- (Dreihundertsiebzigtausenddreihundertsiebzig) lautend auf die Bank für Tirol und Vorarlberg AG erhalten zu haben.

Innsbruck, am 24. 4. 1978



"Der kürzeste Weg zu Geld, der Weg zur BTV", lautet sinnigerweise der Werbeslogan jener Bank, bei der die Schecks der Industrie einzulösen sind. Aber es müssen nicht immer Schecks sein. Auch ein Sparbüchl macht Freude. Wie die Oma für ihre Enkerln spart, so legt die Amme Industriellenvereinigung für die Ihren was zusammen. Am 16. Mai 1983 z.B. wurde R. Niescher (ÖVP) von der VÖI grad vor seinen ersten Innsbrucker Gemeinderats-Wahlen mit einem Sparbuch beglückt, auf dem sich 400.000 Schilling angehäuft hatten.

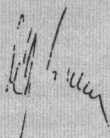
Irgendwie ist alles so schön aufgeteilt auf dieser Welt. Während die einen roboten, kaufen sich die anderen mit dem so erarbeiteten Geld die ihnen genehme Regierung zusammen. *Diese* Regierung können sie, von mir aus, geschenkt haben!

Falsch ist es zu sagen: Es handelt sich hier um einen Fehler des Systems, *der*, und richtig ist es zu sagen, *das* abgeschafft gehört.

Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Landesgruppe Tirol der Vereinigung Österr. Industrieller einen Barscheck Nr. 2532060 in der Höhe von S 500.000.-- (Fünfhunderttausend) lautend auf die Bank für Tirol u. Vorarlberg AG erhalten zu haben.

Innsbruck, 1980-12-16



Wir meinen Wunder was, wenn wir alle paar Jahre einmal einen Stimmzettel in der Hand haben. Aber sie, sie haben die Kandidaten in der Hand! Landeshauptmann E. Wallnöfer bestätigt die Übernahme eines VÖI-Schecks über 500.000 Schilling.

Im Jänner 1983 zahlt die VÖI 1,555.555 Schilling an das Finanzamt Innsbruck als "Abgabe für Zuwendungen v. Dez. 1982". Bei einer 35prozentigen Abgabe ergibt das (offiziell!) Netto-Zuwendungen in der Höhe von 2,88 Millionen Schilling. Im Jahr 1982? Im Dezember 1982? Im letzten Quartal 1982?

Ich habe dem Geschäftsführer der Industriellenvereinigung mitgeteilt, daß ich nicht glaube, daß für jede Spende die steuerliche Abgabe bezahlt wird. Die Finanz hat ja absolut keine Kontrolle über die getätigten Ausgaben dieses 202-Mitglieder-Vereines. Seine Zahlungen ans Steueramt basieren nur auf eigenen Angaben. Der

Geschäftsführer aber sagt: "Es gibt keine einzige politische Spende der Landesgruppe Tirol der Vereinigung Österr. Industrieller, die ohne die Entrichtung dieser 'Abgabe für Zuwendungen' weitergegeben worden wäre." (*Schreiben vom 29.7.92*)

Die Gesetze, wie sie sind, sind ganz so, wie sie sein sollen:

Beispiel 1: Die Mitglieder der Industriellenvereinigung können ihre Mitglieds-Beiträge als Betriebsausgaben steuerlich absetzen. Bei-

spiel 2: Die mit mords publizistischem Karacho eingeführte Offenlegungspflicht (Parteiengesetz) ist ein einziger Bluff. Es besteht nach wie vor keine Pflicht zur Offenlegung der Spenden. Beispiel 3:

Die Industriellenvereinigung zahlt auch keine Steuer vom Einkommen, weil sie - das muß man sich geben - als "gemeinnützige Einrichtung" anerkannt ist!

Mögliche Probleme mit der Finanz regeln Präsidenten und Vizepräsidenten (Heiß und Swarovski von der VÖI und Gebetsroiter und Lemmerer vom Finanzamt Innsbruck) unter sich, wie z.B. das Präsidiums-Protokoll vom 15. April 1980 zeigt:

Präsident Heiß berichtet über ein Gespräch, das zwischen Präsident Gebetsroiter und Hofrat Dr. Lemmerer einerseits und KR Daniel Swarovski und ihm andererseits stattgefunden habe.

zu 3.3: Bericht des Vorsitzenden

Präs. Prot. - 7. 15.4. 1980

Präsident Heiß informiert das Präsidium über ein Gespräch mit

Als der genannte, mit silbernen, goldenen und großen goldenen Ehrenzeichen reich verzierte Finanzchef in Pension geht, läßt es sich das Präsidium der Industriellenvereinigung auch nicht nehmen, ihm zu Ehren ein opulentes Abschiedessen mit Terlaner Weinsuppe, Rehschlögel nach "Försterin-Art" und einem Kabinettwein von Jamek im "Wilden Mann" in Lans zu geben.

An die
ÖSTERR. INDUSTRIELLENVEREINIGUNG
Landesgruppe Tirol
z.Hd. von Herrn Dr. BACHMANN

Salurner Str. 15
6020 INNSBRUCK

14. JUL 1982

Lans, den 12.7.1982

Rechnung
über Abendessen vom 8.7.1982 für 11 Personen und 1 Fahrer:

11 Menü lt. Bestellung à S 360,--

MENÜ-FOLGE:
Ital. Röhschinken mit Melone,
Oberskren, Butter und Toast

*
Terlaner Weinsuppe

*
REHSLÖGEL NACH "FÖRSTERIN-ART"
mit frischem Eierschwammerln.

*Abschiedessen für
Herrn Gebetsroiter*

nicht redlich, so doch hinreichend verdient hat. Wählen ist vielleicht ein Zeitvertreib für einen verregneten Sonntag, aber kein Mittel, etwas zu verbessern.



Hinter ihnen stehen Hunderttausende (Foto: ÖVP)

Der FÖHN ist kein Vollprogramm. Er ist erst richtig gebraucht, wenn man ihn zu dem, was die herrschenden Medien verbreiten, *dazu* liest. Erst dann schnaggt's im Hirn. Zu jeder Information über die Industriellenvereinigung, die in diesem Heft steht, müssen die Informationen, die zu diesem Thema in *Profil* und *News*, *Standard* und *Kurier* nicht stehen, dazugelesen werden.

Auf die Frage, warum die Wirklichkeit nicht in die Öffentlichkeit findet, stehen ein paar Antworten im vorigen Heft (*Drucken wie gelogen*). Und hier folgt zur Illustration noch eine kleine Geschichte:

Daß im einzigen Buch zum Thema Industriellenvereinigung, geschrieben von einem Angestellten der Industriellenvereinigung, (*Th. Faulhaber, Die Vereinigung Österreichischer Industrieller, 1980*) kein wahres Wort über den wahren Charakter der VÖI drinsteht, was soll's? Aber die Geschichte, die ich meine, ist eine andere. Im Oktober 1979 wurde an der Politikwissenschaft in Innsbruck eine Diplomarbeit über "Parteienfinanzierung und deren Auswirkungen auf innerparteiliche Strukturen, dargestellt am Beispiel der ÖVP" vorgelegt. Ihr Verfasser ist Anton Kofler, seinerzeit Vorsitzender der Österreichischen Hochschülerschaft Innsbruck und heute politischer Berater der Grünen in Wien.

Es ist nicht weißgott wie wichtig zu bemerken, daß die Informationen über den Hauptfinancier der ÖVP in dieser (von Professor A. Pelinka) betreuten Arbeit äußerst dürftig sind, sondern zu sagen, warum. Kofler verdankt sein Wissen über die Industriellenvereini-

gung, wie er selbst anmerkt, einem Brief, den der Generalsekretär der VÖI, Krejci, am 24.8.1979 an ihn gerichtet hat. Als dieses Schreiben einlangt, ist der VÖI-Forscher Kofler grad nicht in Innsbruck? Wo ist er in dieser Woche? In Alpbach. Bei den Hochschulwochen. Und? Er ist dort auf Einladung und auf Kosten der Vereinigung Österreichischer Industrieller (Landesgruppe Tirol). Hat einer erwartet, daß er in die Hand, die ihn füttert, beißen würde?

ÖSTERREICHISCHES COLLEGE

EUROPAISCHES FORUM ALPBACH EUROPAISCHES FORUM WIEN

An die
Industriellenvereinigung Tirols
z.Hd. Herrn
Dr. ULF
Salurnerstr.
6020 Innsbruck

Generalsekretariat:
A-1010 Wien,
Reichertsstrasse 17/III/8
Austria
Telefon: 43 34 34
Telegramme: Austrocollege Wien

Wien, am 28.8.1979

BU/Sa
EFA/79

Mr.	Geacht.	
- 7. S.	1979	
Ev.		Ab
		S 1
		S 2
		S 3

RECHNUNG

Wir erlauben uns hiemit, Rechnung über die Teilnahme am "Europäischen Forum" 1979 für Herrn Anton Kofler laut tieferstehender Aufstellung zu legen:

Teilnahme: 18.8.-31.8.79. S 4.300.-

Unterkunft: S 870.-

Verpflegung: S 2.830.-

S 8.000.-

Obigen Betrag bitten wir Sie höflichst auf unser Konto bei der Creditanstalt-Bankverein, Wien 1010., Schottengasse 6-8 Nr. 26-40019 oder auf unser Konto Nr. 7901.205 bei der Österreichischen Postsparkasse, 1010 Wien, Georg Cochplatz, zu überweisen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

f.d. Buchhaltung

E. Tschögl

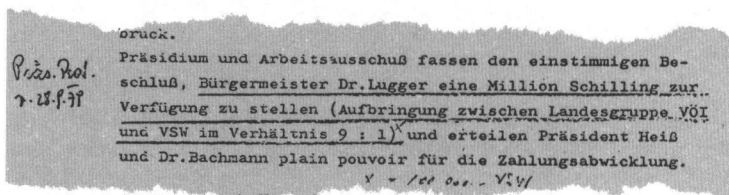
Wahltag ist Zahhtag

Wenn du, liebe Leserin, lieber Leser, deine Argumentation im Freundeskreis, in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Versammlung, im Zugabteil, im Wirtshaus usw. mit ein paar guten Beispielen unterfüttern möchtest, such' dir etwas aus der folgenden Auswahl von Dokumenten. Wir wollen hier anhand von Belegen aus *einem einzigen Jahr* zeigen, daß alle Wahlen manipuliert sind.

Dafür würde sich jedes Wahljahr eignen, auch 1990 oder 1970, 1975 oder 1986, wir haben uns für 1979 entschieden, weil uns 1979 Nationalratswahlen, Arbeiterkammerwahlen, Hochschülerschaftswahlen und in Tirol auch Landtagswahlen vortheatert worden sind. Wenn das, was vorgeht, in der Öffentlichkeit unter *Herrschaft der Geldsäcke* lief, wäre es nicht annähernd so erfolgreich, wie es ist, da es dort getarnt unter dem Titel *Demokratie* ablaufen kann.

Die unten angeführten Gaben wurden allesamt von der Vereinigung Österreichischer Industrieller (Landesgruppe Tirol) verteilt. Im Rechenschaftsbericht der VÖI aus dem Jahre 1979, der den Mitgliedern zugeht, steht allerdings nicht ein einziges Wort über eine der getätigten Spenden.

Unsere Geduld gehört ins Buch der Rekorde



Eine Million für den Bürgermeister von Innsbruck, gleichzeitig Präsident des Tiroler Landtages (aus dem Präsidiums-Protokoll der Vereinigung Österreichischer Industrieller vom 28.9.1979)

Dies zu lesen, macht entsetzlich wutig. Am Schluß sitzt man da mit seiner bodenlosen Empörung über die Zustände (und wünscht sich vielleicht, man wüßte wenigstens nichts davon). Wohin mit dieser Wut, dieser ohnmächtigen? Warten, bis sie verbraucht ist? Wie hält man sie aus? Wie wird man fertig mit diesem Wissen?

Der FÖHN schürt die Wut. Legt Scheit um Scheit nach. Und läßt die Leser, wenn sie das Heft ausgelesen haben, damit allein.

Könnte diese Empörung zu etwas nütze sein? Könnte sie der Anfang sein von etwas? Oder vergeht sie wie ein Anfall?

Wie weit reicht die Wut? Bis der Umschlagdeckel zugeklappt ist? Bis es jemandem gesagt ist, daß es ein Wahnsinn ist? Wie weit ist es von dieser Wut zum Handeln?

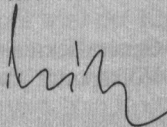
Lachen die Mächtigen über uns, wenn wir bei dieser Lektüre in Rage geraten? Ja, wenn wir nur in Rage geraten.

G. Stix (FPÖ Tirol) erhält im Wahljahr 1979 von der Industriellenvereinigung (zumindest) die BTV-Schecks mit den Nummern 1744013 (2.3.79), 1744072 (25.4.79) und 1744073 (10.5.79), die sich auf die Gesamtsumme von 446.296.- Schilling belaufen. Darüberhinaus wird ihm am 6.7.79 von der VÖI der Scheck mit der Nummer 2134202 in die Hand gedrückt, der auf den eckigen Betrag von 153.448.- Schilling ausgestellt ist und daher die Abdeckung einer Warenrechnung (Wahlkampfmittel) der FPÖ vermuten läßt.

Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Landesgruppe Tirol der Vereinigung Österr. Industrieller einen Barscheck Nr. 2134202 in der Höhe von S 153.448.-- (Schilling Einhundertdreißigtausendvierhundertachtundvierzig) lautend auf die Bank für Tirol und Vorarlberg AG, erhalten zu haben.

Innsbruck, 1979-07-06



Sie tun das - und was tun wir? Wir schreiben die Ungeheuerlichkeiten kleinfutzelig in diese kleine Zeitschrift hinein. (Sind wir die Buchhalter ihrer Exzesse?) Wir schauen uns fast die Augen aus dem Kopf mit unserem geilen Blick auf die Obszönitäten der Mächtigen. Sie tun das. Und wir sitzen da, wie mit Superkleber auf unseren Lesestuhl angemacht. Was tun wir? Wir giften uns. Ist das schon etwas? Stört sie das?

Während wir hier einen Abdruck einer Bestätigung einer Übergabe eines Schecks in der Hand haben, geh'n auf der Seite unserer Gegner die Schecks von Hand zu Hand! Sie handeln - wir lesen. Welches Mißverhältnis! Wenn wir fertig gelesen haben, handeln sie

immer noch weiter. Was wir uns über ihre Machenschaften denken, veranlaßt sie nicht zur Änderung.

Wie kommen wir denn mit den Händen in das vor unseren Augen ablaufende Geschehen hinein?

Einem Beschluß der Industriellenvereinigung vom 20.11.79 zufolge werden der rechtsgerichteten Hochschüler-Fraktion JES in gewissem Umfang die Beträge für vorgelegte Rechnungen zurückerstattet. Auch das läppert sich bei Summen von beispielsweise 2.036.- und 2.160.- und 8.721.- und 1.080.- und 6.003.- Schilling zusammen.

Ohnmacht. Was wir hier sehen, erzeugt eine alles niederdrückende Ohnmacht in uns. Jeder FÖHN zerstört - ungewollt - Hoffnungen in uns, statt Hoffnung aufzubauen. Jede neue Nachricht macht uns noch ein wenig kleinmütiger. Der Blick auf die gute Organisiertheit der Oberen vergrößert das Gefühl unserer Machtlosigkeit. Der Skandal ist gar nicht, daß auf der anderen Seite alles geschmiert läuft, sondern, daß w i r nichts dertun!

Wir haben vorerst nur unsere Ohnmacht. Die allerdings haben wir. Aus ihr muß es kommen!

Was ist Ohnmacht? Ohnmacht ist eine Kraft, die sich nicht auskennt. Eine zerstörerische Kraft, die sich gegen uns selbst richtet, wenn wir ihr nicht zeigen, wo sie anpacken kann.

Mitte März 1979 zieht der ÖVP-Generalsekretär S. Lanner als Wahlkämpfer durch Tirol ("6. Mai - Volkspartei"). Am 16. ist er auf

H O T E L E U R O P A
I N N S B R U C K

An die
Vereinigung Österr. Industrieller

Innsbruck, 7. November 1979 al

Salurnerstraße 15
6020 INNSBRUCK

Sammelrechnung!

Sehr geehrte Herren!

Wir erlauben uns, Ihnen nachstehend die Sammelrechnung für Veranstaltungen und Aufenthalte der Industriellenvereinigung zu geben:

Pressekonferenz am 7.2.79 im Blauen Salon	S	5.073,--
Abendessen am 9.2.79 im Europastüberl	"	3.672,--
Aufenthalt Hr.Dr.Lanner und Begleitung 16.-17.3.	"	5.630,--
Aufenthalt Hr.Winkler 16.-17.3.79	"	600,--
Konsumationen am 17. und 18.3.79	"	1.847,--
Aufenthalt Hr.Dr.Taus und Begleitung 23.-24.3.79	"	11.396,--
Pressekonferenz am 26.4.79 im Blauen Salon	"	1.551,--
Konsumation am 26.4.79 im Europastüberl	"	27,--

"Politikertour durch das Oberland" und am 17. auf "Wahlreise im Tiroler Unterland" (NTZ, 17. und 18.3.79). Seinen Aufenthalt an diesen beiden Tagen nimmt er im Hotel Europa. Eine Woche später begibt sich der Bundesparteiobmann und Kanzlerkandidat der ÖVP, J. Taus, samt Wahlkampf-Tross nach Tirol. Auch er steigt im ersten Haus der Stadt ab. Die Rechnung für die angefallenen Spesen (S 5.630.- und S 11.396.-) geht selbstredend an die VÖI.

Nutzt FÖHN lesen? Eine Zeitschrift wie diese läuft immer Gefahr, Zuschauer zu produzieren. Wie die Schaulustigen beim Baggeraus-hub am Brückenpfeiler gaffen sie auf das, was im FÖHN zutage gefördert wird, und stehen auch noch im Weg.

Vielleicht wollen die Leute auch nur Lesestoff. Vielleicht nur wie mit dem "Goldenen Blatt" am Englischen Königshof mit dem FÖHN dabei sein bei den Schweinereien der Gstopfen hierzulande.

Sollen die Reaktionen der Leser ("Weiter so!" / "Gratuliere!" / Großartig!") heißen, daß ich Hef für Hef mehr zum Begaffen auf-decken soll? Was könnten sie sonst heißen?

Die Lösung wäre, daß viel mehr Leute den FÖHN läsen, meinen manche. Ach was! Du liest ihn ja auch, und es hilft uns nix. FÖHN lesen ist noch gar nix. Grad soviel, wie ihn nicht lesen.

Das Kopfbeuteln auch noch so vieler Leute gibt noch keinen Wind, der diese Verhältnisse über den Haufen bläst.

Am 5. und 6. April wird der Klubobmann der ÖVP, A. Mock, zum Wahlkämpfen nach Tirol geschickt ("Ein neuer Frühling für Österreich"). Auch die von "Herrn Dr. Mock und Begleitung" im Hotel Europa verursachten Kosten übernimmt die VÖI.

Titl.
Industriellenvereinigung
Salurnerstrasse 15
6020 - INNSBRUCK

13	3
1	3
Ev.	Ab.

Innsbruck, 18. April 1979
Sch

Sehr geehrte Herren !

Wir erlauben uns, Ihnen in der Anlage die Rechnung für die Auf-
halte und Konsumationen von Herrn Dr. MOCK und Begleitung in der
Höhe von

S 9.909,--

zu überreichen mit der Bitte um Überweisung dieses Betrages mit
beiliegendem Zahlschein an die Creditanstalt Bank für Österreich

Be der Tiroler Arbeiterschaft (!) überbrachte", "unterstrich er auch, daß es Ausdruck echter Partnerschaft sei, daß die, die zusammenarbeiten, auch gemeinsam feiern." (*Die Industrie*, 25.3.87)

Der Fehler dieser Zeitschrift. Der FÖHN bekommt viel Applaus. Aber nach dem Beklatschen der einzelnen Nummern stecken die Leser die Hände wieder zurück in die Hosensäcke (wo sie auch das nächste Mal commod herzunehmen sind). Liegt es an den Leuten? Nein, es liegt am FÖHN. Die Beschreibungen der Zustände greifen nicht ein in die Zustände! Die Feststellung der Untaten ficht die Untaten noch nicht an.

Es geht um die Änderung der Lage, nicht um deren immer wieder neue Schilderung. Wer nach 1000 Beispielen nichts tut, wird sich auch nach 5000 nicht aufraffen. Wie kann man aus Lesern Handelnde machen?

Für den Arbeiterkammer-Wahlkampf 1979 läßt der AAB von der Mattes Bürstenfabrik KG in Vomp 41.300 Kleiderbürsten in der Form von kleinen gelben Schutzhelmen anfertigen, auf deren Schild der Slogan "AK-Wahlen 1979: Tiroler AAB - sicher und sauber" eingepreßt ist.



Kandidat des AAB für den Ledersessel des Präsidenten ist der von den Swarovskis aufgebaute Zentralbetriebsratsobmann E. Abendstein. Daß selbst das Unternehmer-Magazin *Trend* den gesamten

Betriebsrat der Swarovski-Werke einmal als "taubstumblind" (12/75) bezeichnet hat, erspart uns weitere Worte über diese Sorte Arbeitervertreter. Dem jetzigen AK-Präsidenten und langjährigen AAB-Funktionär F. Dinkhauser ("habe anlässlich von AK-Wahlen im organisatorischen und werblichen Teil eine Mitverantwortung für die AK-Fraktion getragen") "fehlt jegliche Information über allfällige Zuwendungen oder Unterstützungen seitens der Vereinigung Österreichischer Industrieller an die AAB-AK-Fraktion" (Schreiben vom 14.9.92). Dem Manne kann geholfen werden. Die Kleiderbürsten des so "sauberen" AAB zahlt in zwei Teilen (227.150.- und 148.101.- Schilling) natürlich die Industriellenvereinigung. (Im Gegensatz zu Schecks sind solche Sachleistungen sogar steuerfrei.)

**mattes bürstenfabrik kg**
Bürsten- und Pinselfabrik, Kunststoffspritzwerk
A-6130 Vomp bei Schwaz, Fiecht-Au, Tel. (0 52 42) 23 72 / 22 67 FS 05 4243

FIRMA
VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER
INDUSTRIELLER
SALUNERSTRASSE 15
6020 INNSBRUCK

Ihre Bestellung vom 00.11.92
Wir senden Ihnen auf Ihre
Rechnung Menge Einheit
01 00 Gf A
151 25000 STK Y YF
01 00

Ihre Bestellung vom 00.11.92
Wir senden Ihnen auf Ihre Rechnung und Gefahr durch
Code Menge Einheit
02 16300 STK KLEIDERBÜRSTEN
01 00

**mattes bürstenfabrik kg**
Bürsten- und Pinselfabrik, Kunststoffspritzwerk
A-6130 Vomp bei Schwaz, Fiecht-Au, Tel. (0 52 42) 23 72 / 22 67 FS 05 4243

FIRMA
VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER
INDUSTRIELLER
SALUNERSTRASSE 15
6020 INNSBRUCK

Postanschrift:
6130 Schwaz, Postfach 97

Rechnung Nr. 1891
Ihre Bestellung auf Rechnung
Vomp 19.06.79
ZUSTELLUNG 18.6.79

Entwurf	Belag	%	Neubelag
07,70	125510,00		0125510,00

ZAHNBAR 30 TAGE NACH ERHALT DER RECHNUNG NETTO-NETTO

ZWISCHENSUMME 00,00
UMSATZSTEUER 18% 125510,00
ENDSUMME 22591,80
148101,80

*H. Dinkhauser L.H. Freund
+ J. Barlow
Rechnung 3.5.92*

Zahlung und Haftung bis Rechnung
Die Lieferbestellung ist nur gültig, wenn die zugehörigen Bestellscheine vorliegen. Für Mängel oder Beschädigung während des Transports ist der Lieferant nicht verantwortlich.
Schlichter: Österreichischer Sparkassenverband, Postfach 1000, 1010 Wien
Schlichter: Österreichischer Sparkassenverband, Postfach 1000, 1010 Wien
Schlichter: Österreichischer Sparkassenverband, Postfach 1000, 1010 Wien

Was ist das Nützliche an dem, was wir hier sehen? Sie sind entsetzlich klein in ihren Handlungen, die Großen. Uns hält ja der Schein ihrer Stärke zurück und nicht ihre Stärke!

Wenn wir das sehen, was wir hier sehen, verlieren wir vor den Herren Regierenden den letzten Funken Achtung, auf die wir vom Windelalter an abgerichtet sind. Wir mit unserer eingebildeten Machtlosigkeit sehen hier plötzlich ihre knappen Möglichkeiten.

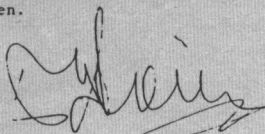
Wir bekommen vor Augen geführt, daß ihre Herrschaft nicht auf Klugheit, sondern auf unglaublicher Primitivität gründet. Welche Schwächen von ihnen, die der Negativabdruck von Stärken unsrerseits sind, verraten uns diese Geschichten außerdem?

Ebenfalls 1979 faßt der Nationalratsabgeordnete und ÖVP-Wirtschaftsbundfunktionär O. Keimel bei der VÖI einen Scheck über S 236.000.- (29.5.79) und einen über S 64.000.- (17.8.79) aus, für was oder wen auch immer.

Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Landesgruppe Tirol der Vereinigung Osterr. Industrieller einen Barscheck Nr. 1744074 in der Höhe von S 236.000.-- (Zweihundertsechszunddreissigtausend) lautend auf die Bank für Tirol und Vorarlberg AG, erhalten zu haben.

Innsbruck, 1979-05-29



(Dr. Otto Keimel)

Wie geht handeln? Wie fängt "das andere" wirklich an? Welches ist der erste Schritt? Ich meine, der allererste? Wenn ich sage, wir müssen aufhören, uns eine Regierung gegen uns zu wählen, ist das ja ein Satz und kein Schritt. Papier ist eines der geduldigsten Materialien, die bisher entdeckt worden sind. Die oben fürchten sich - zurecht - nicht vor meiner Schreibmaschine.

Die andere Seite handelt (siehe oben, siehe unten) ununterbrochen. Wie geht handeln auf unserer Seite? Was wir wollen, bekommen wir nicht aus den Händen derer, die oben sitzen. Wir müssen es ihnen entreißen! Wie geht das? Wie geht der erste Handgriff?

Als die ÖVP für den herbstlichen Landtagswahlkampf 1979 bei den Vereinigten Kellereien Marsoner & Rainer 2.000 Flaschchen Wein bestellt, ergeht die Rechnung (26.6.79) automatisch an die VÖI, die die 42.480 Schilling auch postwendend zur Einzahlung bringt.

[illegible]

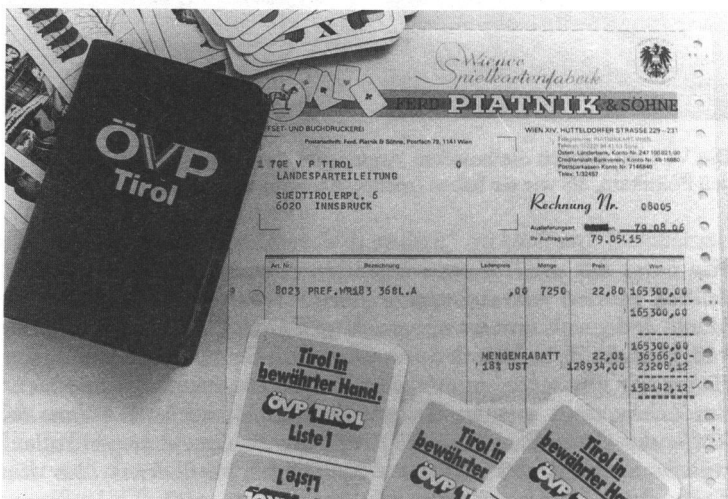
Wie ist es mit uns? Wenn wir wissen möchten, was wir wirklich denken, müssen wir auf unsere Hände sehen, nicht auf unseren Mund. Jeder von uns tut unbewußt genau das, was er für richtig hält. Und das nicht, was in seinem Kopf noch nicht ausgemacht ist. Haben wir uns schon entschieden, unser Leben zu leben und nicht das Leben eines uns im Grunde fremden Menschen? Wenn die Kräfte des Veränderns über die Kräfte des Beharrens siegen sollen, müssen zuerst in uns selbst die Kräfte des Veränderns über die Kräfte des Beharrens siegen.

Der ÖVP-Seniorenbund muß im September 1979 seine Mitglieder mit 3.570 Herzen mit Band (zum Preis von je S 4.70) und mit 500 Herzen ohne Band (zum Preis von je S 3.50) für die Landtagswahl ködern. Die Rechnung in der Höhe von S 20.011.- wird, versteht sich, von der Vereinigung Österreichischer Industrieller beglichen.

Was können wir tun? Die Fragen, die nicht mit Buchstaben, sondern nur mit dem Leben zu beantworten sind, sind die schwierigsten. Dieser Frage wegen gibt es diesen FÖHN und den FÖHN überhaupt. Wir sind kein Abonnentensammlerverein.

Was können wir tun, du und ich und der Dietmar und alle die, die wir noch gar nicht kennen? An was denkst du? Könnten uns Erfahrungen aus der Geschichte nützen, unserer und der anderer Völker? Wo gibt es lehrhafte Beispiele? Wo ist hier und jetzt ein Ansatz? Nein, ich meine, ein wirklicher Ansatz. Kampf gegen Armut kann nur Kampf gegen die Reichen sein, wie Kampf gegen Arbeitslosigkeit nur Kampf gegen die kapitalistisch angerichtete Produktion und Kampf gegen die Wohnungsnot nur Kampf gegen Zinswucher, d.h. gegen die Zinswucherer sein kann. Wie geht dieser Kampf? Quadratwurzeln ziehen lernt man in der Schule, das leider nicht!

Im Landtagswahlkampf 1979 lockt uns die ÖVP mit allerlei Werbeunrat wie Mappen, Kulis, Spielkarten usw. Aber Wahlen sind ein im vorhinein abgekartetes Spiel, bei dem wir nie stechen werden.



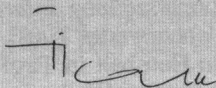
Der Landespartei sekretär der ÖVP, R. Fiala, schickt am 30.8. die bei ihm eingelangten Rechnungen über 1491 Stk. Aktenmappen, über 8.000 Stk. Kugelschreiber und über 8023 Spiele doppeldeutscher Karten mit einer Gesamtsumme von 209.674,49 Schilling an die Industriellenvereinigung (samt "Aktenverkerk"). Am 12.9. kann Fialas Sekretärin D. Crepez einen Scheck - genau auf diese Summe ausgestellt - ins Büro der VÖI abholen kommen. Es handelt sich also bei der ÖVP, wie man sieht, um die Kulis der VÖI.

AKTENVERMERK

für Herrn
Dr. Dietmar BACHMANN
c/o Industriellenvereinigung
Salurnerstraße
6020 Innsbruck

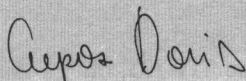
Den beiliegenden Rechnungsbetrag in der Höhe von
S 209.674,49 ersuche ich auf das Konto Nr. 9000 16949
bei der Tiroler Handels- und Gewerbebank zur Über-
weisung zu bringen.

Innsbruck, am 30. 8. 1979



Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Landesgruppe Tirol
der Vereinigung Österr. Industrieller einen Barscheck
Nr. 2134206 in der Höhe von S 209.674,49 (Schilling
Zweihundertneuntausendsechshundertvierundsiebzig 49/100)
lautend auf die Bank für Tirol und Vorarlberg erhalten zu
haben.
Innsbruck, am 12.9.1979



Formen des Handelns. Unsere Stärke liegt in unserer Zahlenstärke. Alleine ist es ratsam, den Gehsteig und den Zebrastreifen zu benutzen. Wenn wir viele sind, können wir gefahrlos auch auf der Straße gehen. Schon die **Aufkündigung unserer Zusammenarbeit** erschüttert die Macht über uns, z.B. wenn wir uns nicht mehr meinungsbefragen lassen, z.B. wenn wir die für uns aufgezogenen Massenveranstaltungen spritzen, z.B. wenn wir keine Forderungen mehr an die politischen Vertreter der Macht richten, z.B. wenn - oder was ist dein Beispiel, liebe Leserin, lieber Leser?

Wer nicht Sand in diesem Getriebe ist, ist was? Ist Öl! Welche Leistungen, die den Fortbestand dieser ungerechten Ordnung stützen, erbringen wir täglich (freiwillig), die wir, ohne Gesetze zu brechen und ohne uns selbst weh zu tun, auch unterlassen können? Oh! So viele?

Dieses Herrschaftssystem bittet geradezu auch um **Boycott**. In den Dokumenten oben und unten winselt es zum Herzerweichen um Wahlboykott. Der Konsumdruck verlangt von uns einen Konsumboykott, und die Art, wie die Arbeit verteilt und nicht verteilt ist, schreit nach Arbeitsboykott. Wo, liebe Leserin, lieber Leser, hörst du noch nach uns rufen?

Wie können wir den Herrschaftsapparat **sabotieren**? Wie können wir diesen so geschmierten Ablauf des ganzen, wie er in diesem Heft gezeigt wird, nachhaltig stören? Wie, was meinst du, können wir dieses System wenigstens am Funktionieren hindern? Wem ist das schon zuviel? Wem noch zuwenig?

Die ÖVP bringt zur Landtagswahl 1979 (als Wahl-Sondernummer ihrer Funktionärszeitung *Information* ausgegeben) ein buntes Bilderheft "... lebenswertes Tirol" mit 32 Seiten im Großformat heraus, das an jeden Haushalt in Tirol versandt wird. Dieses Magazin enthält keine einzige Werbeeinschaltung. Trotzdem verrechnet die Redaktion des *Information*, die ÖVP-Landesparteileitung, der Vereinigung Österreichischer Industrieller zwei Einschaltungen zum Preis von 300.000.- Schilling.

Was anderes könnte der von Geschäftsführer Bachmann ("Ba") angebrachte Aktenvermerk (s. nächste Seite) besagen, als daß lt. Rücksprache mit TIWAG-Direktor und VÖI-Vorstandsmitglied Dr. Praxmarer die TIWAG (die jährlich um die vier Millionen Schilling an Mitgliedsbeiträgen in die Industriellenvereinigung buttert) auf die eine oder andere Weise die Begleichung der Rechnung "übernimmt"?

Jene TIWAG, die im Aufsichtsrat neben jeder Menge ÖVP-Politikern stets auch den jeweiligen VÖI-Präsidenten sitzen hat.

information

Redaktion
und Verwaltung:
6020 Innsbruck
Südtirolerplatz 6
Telefon 27 0 92

Innsbruck, am 22. 9. 1979

Rechnung für "INDUSTRIELLENVEREINIGUNG" Tirol, Salurnerstr., 6020 Innsbruck

S

2 ganzseitige Einschaltungen in Farbe,
Großformat, Auflage 198.000 an alle
Haushalte Tirols

à S 150.000.-

*AV. Wernmann & Co. Rgm. mit d. Rotations
die TIWAG stb. Empfehlungen.*

S 300.000.-

Mehrwertsteuerfrei lt. Umsatzsteuer-
gesetz 1972 §2 (3)

24. 9. 79

Zahler bei Rechnungserhalt ohne jeden Abzug arbeiten an Raiffeisen-Zentralkasse Tirol, Konto Nr. 163.072

1 Erlagechein

Innsbruck, 22.9.79

Wieviel ist davon zu halten, wenn uns die Landeselektrizitätsgesellschaft in einem Schreiben ihres Direktors Mayr wissen läßt: "Die TIWAG beteiligt sich nicht an der Finanzierung politischer Parteien" (13.12.90) und wenn der Geschäftsführer der VÖI uns mitteilt: "Es ist völlig unrichtig, daß beispielsweise die TIWAG als Mitglied der Vereinigung Österr. Industrieller, Landesgruppe Tirol, auf dem Umweg über Mitgliedsbeitragszahlungen an die Industriellenvereinigung >die ÖVP massiv unterstützt habe<" (Schreiben vom 29.7.92) und wenn der langjährige Landesparteisekretär der ÖVP, Fiala, poltert: "Nie floß je ein Schilling Parteispende von der TIWAG an die ÖVP." (TT, 5.12.91)? Wie dem auch sei, die Verei-



nigung Österreichischer Industrieller bezahlt (in wessen Auftrag auch immer) für zwei Einschaltungen, die nie erschienen sind, vier Tage vor der Landtagswahl per Scheck 300.000.- Schilling an die ÖVP. Schon ein bißchen dumm von uns, angesichts all dieser Scheck-Zettel noch auf Stimm-Zettel zu setzen.

Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Landesgruppe Tirol der Vereinigung Österr. Industrieller einen Barscheck Nr. 2134208 in der Höhe von S 300.000.-- (Dreihunderttausend) lautend auf die Bank für Tirol und Vorarlberg AG erhalten zu haben.
Innsbruck, 1979-09-26.

Tim M. Fiebig erhalten
Gep. D.

Vorschlag: Wir müssen aufhören anfangen, allein zu bleiben mit unserem Entsetzen, unserer Ohnmacht, unserem Suchen. Vielleicht kann dieses Heft ein wenig dabei helfen, daß wir zueinander kommen mit unserer je einzelnen klitzekleinen Hoffnung, die man vom Nachbarkopf aus schon gar nicht mehr sieht.

Das Umfeld aus Menschen, in dem wir etwas tun können, müssen wir uns selber schaffen. Das wird uns nicht geschenkt. Vorschlag: Gib dieses Heft weiter an zehn Leute. Fünf oder drei davon erwischen die geschilderten Zustände dort, wo sie dich erwischen. Es ist dies von uns aus kein besonders gerissener Versuch, die Auflage zu steigern. Mehr FÖHN-Hefte sind nicht besser, wenn jede Empörung doch nur für sich bleibt, aber dann, wenn die eine eine andere findet und noch eine, und eine Auflehnung noch auf andre Auflehnung trifft. (Wir wollen nicht verdienen daran: 5 Hefte: 180.-, 10 Hefte: 340.-, 20 Hefte: 600.-)

Die Menschen, um die es geht, sind um uns herum, so einfach ist das, so schwierig. Für den im Waldviertel sind die im Waldviertel und für die im Olympischen Dorf sind die im Olympischen Dorf die wichtigsten Leute. Es muß uns gelingen, unsere Tante und unseren Nachbarn zu erreichen, das andere ist Träumerei.

Das oben genannte Bilderheft der ÖVP zur Landtagswahl am 30. September 1979, 20 deka schwer, geht mit der Post an jeden Haushalt in Tirol. Die am 13.9.79 ausgelegten Beförderungskosten der Wahlprospekte für 32.394 Innsbrucker Haushalte, 39.720 Schilling, werden der ÖVP ruckzuck am 21.9.79 von der Industriellenvereinigung ersetzt.

Nr. <u>4.1</u>		Zeitungs: <u>Informationen</u>		Empfangschein über Zeitungsbeförderungsgebühren	
Zur Nummer <u>4.1</u>	Gebührenpflichtige Stückzahl <u>32394</u>	Einzel	Gesamt	Gebühr	
		Gewicht			
		g	kg	S	E
		<u>204</u>	<u>6620</u> ✓	<u>39420</u> ✓	
Vom <u>13.9.79</u>					
				S	E
				<u>39720</u>	<u>1</u>

Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Landesgruppe Tirol der Vereinigung Österr. Industrieller einen Barscheck Nr. 2134207, in der Höhe von S 39.720.-- (Schilling Neununddreissigtausendsiebenhundertzwanzig) lautend auf die Bank für Tirol und Vorarlberg AG, erhalten zu haben.

Innsbruck, 1979-09-21

*Für Dr. Fiala
erhalten Gepr. D.*

Was wir tun müßten. Allein um die Sache mit den Wohnungen in Ordnung zu bringen, müßte die Regierung gestürzt werden, müßten die Bankhäuser ausgeschaltet, die Wohnbaufirmen zerschlagen werden usw. Wie aber schreiten wir an Zerschlagung, Ausschaltung, Sturz?

Der Mensch, den wir im Kapitalismus vor uns haben, ist ein fast ganz verhunzter, ein durchmanipulierter, verletzter, rücksichtsloser, auf den eignen Vorteil gelenkter. Statt miteinander auf die Zustände und ihre Profiteure loszugehen, konkurrieren wir einander, Kleinanzeige gegen Kleinanzeige. Wir werden gegeneinander gehetzt und lassen uns gegeneinander hetzen. Unterbieten einander in den Ansprüchen und überbieten einander in den Mietpreisen!

Wie in den Jahren vorher und in den Jahren nachher inseriert die VÖI auch 1979 ständig in der ÖVP-Funktionärszeitung *Information*, die, scheint's, nur in die Welt gesetzt wird, um über Inserate staats- und landeseigener Firmen sowie von Staats- und Landesaufträgen lebender Firmen (s. *ausführlich in FÖHN 15*) Geld in die Parteikassa der ÖVP zu holen.

Aktenvermerk

Wie in den Vorjahren sucht Herr Dr. Fiala auch heuer wieder an, zwei Inserate in der ÖVP-Zeitschrift "INFORMATION" anlässlich des Weihnachtsfestes und des Neujahrswechsels unterzubringen.

Die beiden Inserate, die je S 20.000.-- kosten sollen, werden mit S 14.000.-- pro Inserat pauschaliert und genehmigt.

Innsbruck, 1979-12-07
Dr. B/Z



Ein Aktenvermerk des VÖI-Geschäftsführers Bachmann

Unsere Kraft. Wir müssen auf das Volk sehen, wie der Naturforscher auf ein Gebirgsbächlein sieht: Welche Macht liegt darin, wenn es organisiert wird! Nur der Tor sagt, es gibt sie nicht, weil sie sein Auge nicht sieht. Auch das Korn dünkt sich stark am vorbeirinnenden Wasser, solange bis es von eben diesem zwischen Mühlsteinen zermalmt wird.

Am 18.9.1979 erscheint die Tageszeitung *Die Presse* mit einer Tirol-Beilage. Darin findet sich unter anderem, es sind noch 12 Tage bis zur Landtagswahl, ein halbseitiges Wallnöfer-Inserat ("Ein Landeshauptmann für jeden Tiroler"). Die Rechnung über 30.000.- Schilling unter dem Titel "Druckkostenbeitrag" ergeht wie selbstverständlich an die Industriellenvereinigung in Innsbruck und wird nach Rücksprache mit dem Landesparteisekretär R. Fiala auch bezahlt.

Was täte ihnen weh? Wenn uns in unseren Köpfen derweil, das Rechte zu tun, schon nicht einfallen will, denken wir doch einmal in den Köpfen unserer Gegner darüber nach, wovor sie sich vor uns fürchten! Denn sie wissen um unsere Stärken, auf die wir bei allem Grübeln nicht kommen wollen, und es ist ihr täglicher Bammel, daß sie auch uns klar werden könnten.

Welche Angst, als Großindustrieller, treibt mir den Schweiß mehr als das Preisdumping des Konkurrenten? Welche Vorstellung allein schon krampft mir die Luftröhre zusammen? Und was tut mir nicht weh? Zum Beispiel eine Zeitschrift wie diese, wenn sie nicht über die letzte Seite hinausgeht.

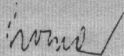
Wenn wir wissen, wovor die Mächtigen, die nur Geldmächtige sind, nur Papiermächtige, sich schrecken, und wovor sogar auch schon, können wir ihnen diesen Schrecken bereiten.

Auch J. Thoman, führender Funktionär des Tiroler Arbeiter- und Angestelltenbundes (AAB), hat, wie jeder in der ÖVP, sein Packl zu tragen. Es ist der 21.12.1979, an dem der frisch gekürte Präsident des Tiroler Landtages ins Büro der Vereinigung Österreichischer Industrieller geheißten wird: Der Abholschein für ein Packl mit 150 Tausendern liegt für ihn bereit.

Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Vereinigung Österr. Industrieller, Landesgruppe Tirol, einen Barscheck Nr. 2134213 in der Höhe von S 150.000.-- (Schilling Einhundertfünfzigtausend, lautend auf die Bank für Tirol und Vorarlberg AG, erhalten zu haben.

Innsbruck, 1979-12- 21.



Thoman

Was zu tun ist: Schon die Wörter für das, was getan werden muß, lassen viele von uns zu Tode erschrecken: "Aufstand", "Kampf", "Umsturz". Aber Selbstbeschiß hilft nicht. Nettere Wörter meinen auch etwas anderes.

Wenn es leicht wäre, wenn es von zuhause aus ginge, wären wir nicht so in Verzug. Wir können die Geld-Diktatur nicht über den Haufen reden. Auch mit noch einmal so vielen FÖHN-Heften (eins

über die Banken, eins über die Wohnungsfrage, eins über die Krankheiten-Industrie usw.) nicht. Wir werden die Hände nehmen müssen, und weil wir damit in den Schmutz hineinfahren werden müssen, werden wir sie uns schmutzig machen.

Natürlich muß der Landtag, diese Jasager-Maschine, auseinandergejagt werden. Natürlich muß die Sparkasse Tirol, die sich in 170 Jahren an der Arbeit der hier Lebenden zum Riesen hinaufgefressen hat, den hier Lebenden zurückgegeben werden. Usw. Dafür, daß die Bevölkerung in Österreich bestimmen kann, was hier geschehen und was hier nicht geschehen soll, müssen alle bestehenden Institutionen des Staates bis zum kleinsten Bezirkssekretariat der SPÖ herunter zerschlagen werden. Drunter geht's nicht.

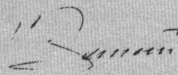
Bevor eine Täuschung darüber in uns Platz greift, ist's besser, daß überhaupt nix in uns Platz greift.

Zu Weihnachten 1979 gibt's auch für Finanzlandesrat L. Bassetti (ÖVP) noch eine Bescherung. Die VÖI überrascht ihn mit einem Scheck über eine halbe Million Schilling.

Bestätigung

Der Unterzeichnete bestätigt, von der Vereinigung Österr. Industrieller, Landesgruppe Tirol, einen Barscheck Nr. 2134212 in der Höhe von S 500.000.-- (Schilling Fünfhunderttausend), lautend auf die Bank für Tirol und Vorarlberg AG, erhalten zu haben.

Innsbruck, 1979-12-

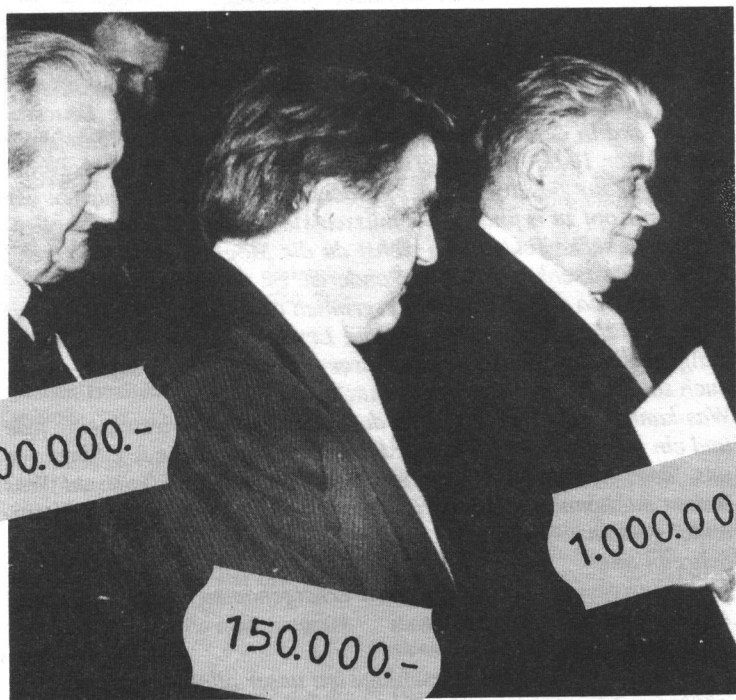


Wir - und nicht sie! Wem das Herz noch schneller geht, wenn er das liest, der wird sich überlegen, wie wir da herauskommen. Wen's nicht anrührt, der nicht. Der wird vielleicht sagen, es ist unmöglich. Etwas früher oder etwas später werden wir allesamt stocksteif in nasse Erde gelegt. Und da wartet kein Himmel mehr irgendwo oben und keine Hölle mehr irgendwo unten auf uns. Ätsch, die Einteilung in Oben und Unten ist auf dieser Erde gewesen!

Es gibt keinen besseren Zeitpunkt gegen das, was jetzt passiert, etwas zu tun, als den jetzigen. Und es gibt keinen besseren Vertreter deiner Interessen als dich.

Wir sind nicht wenige! Alle die, die sagen, "allein kann man doch nichts machen", zusammengenommen, sind schon die Mehrheit.

Und so fort. Weiteres Material liegt vor.



Landesrat B., Landtagspräsident T., Landeshauptmann W. (Foto: ÖVP)

An alle! Der FÖHN ist kein Unterhaltungsblatt. Der Kauf eines Heftes berechtigt niemanden zu diesem Mißbrauch. Wer seinen Hintern nur grad so weit derhebt, daß er ans Geldbörsl kommt, um das FÖHN-Abo zu bezahlen, kann gleich ganz drauf hocken bleiben. Jeder trifft die Entscheidung, bewußt oder unbewußt, für diese Zustände oder gegen diese Zustände. Der, der keine Möglichkeit sucht, die Dinge zu ändern, wird keine finden.

Alles, was ich an Ansätzen in diesem Heft formuliert habe, verhält sich zu dem, was den Leserinnen und Lesern dieses Heftes einfallen kann, wie 1:5.000 oder 1:10.000. Drum: Ratet, helft, regt an, sagt,

meint! Macht Vorschläge, überzogene und untertriebene, zu weitgehende scheinbar und scheinbar zu kurzgreifende. Auch ein so großes Ding wie die Überwindung dieser Unordnung fängt klein an, wie ein Haus mit einem einzigen kleinen Schaufelstich, mit vielen kleinen Schaufelstichen. Kein Vorschlag ist von vornherein schlecht. Von vornherein schlecht ist nur: kein Vorschlag!

Wenige, die etwas tun, sind immer mehr als alle, wenn sie nichts tun. Wenn wir über die 20 cm Höhe mal 13 cm Breite des FÖHN nicht hinauskommen, ist deine Investition nur eine in die Druckindustrie und in den Zeitschriftenhandel. Wir haben 5.000 Köpfe mit Macht über 10.000 Hände. Das ist nicht viel. Das ist nicht wenig. Die Mittel zur Beseitigung der entdeckten Mißstände brauchen wir nicht im Kopf zu erfinden, wir müssen sie mit dem Kopf in den Verhältnissen selbst finden. Wo siehst du die Möglichkeit anzufangen? Red'! Ein Vorschlag ergibt den anderen. Im nächsten Heft ist soviel Platz dafür da wie nötig. Die Leserinnen und Leser werden sich auf die Vorschläge der Leserinnen und Leser einlassen. Auch Überlegungen, die den FÖHN brauchbarer machen wollen, sind gefragt, auch solche, die ihn überflüssig machen.

Was kannst du in deinem Dorf, du in deinem Stadtviertel, eine jede und ein jeder draußen, wo sie ist und er ist, tun? Eine Armlänge vor uns fängt es an. Nicht erst wo, wo wir hinfahren müssen! Was meinst du, können die FÖHN-Lesenden allesamt zusammen miteinander gemeinsam tun?

*Schreibt alle!**

Jede ernstgemeinte Zuschrift wird ernstgenommen, jeder nützliche Anstoß wird bekanntgemacht.

Der Preis für die besten Vorschläge ist: unser aller Nutzen aus ihrer Verwirklichung.

** Wer zu diesem dringenden Aufruf schweigt, sagt uns, daß ihn dieses Heft nicht wirklich erreicht hat. Wir schicken ihm dann statt des nächsten FÖHN-Heftes lieber das Geld zurück.*

Geziefer

Gernot Langes ist ein sehr exportorientierter Unternehmer. Vor allem was die Gewinne betrifft.

Die Euroganx der Frau Ederer kommt bei der österreichischen Bevölkerung schlecht an.

"Die ökosoziale Marktwirtschaft ist also ein unglaublich gutes Konzept." (LR Weingartner "Im Journal zu Gast", 23.3.91).
Also nicht einmal er glaubt's.

BRRRRD!

Nur jetzt nicht manisch depressiv werden, wenn sie jetzt wieder germanisch aggressiv werden!

Wieder gab's irgendwo eine Marien-Erscheinung: eine Fatima-organa.

Viele Osteuropäer brechen auf in den freien kanibalistischen Westen.

In einem ÖVP-Prospekt heißt es: "Österreich will Mitglied der EG werden. ... Bis jetzt war die Information lückenhaft, ..." Ein Druckfehler! Es muß natürlich *lügenhaft* heißen.

Polens Westgrenze ist vorläufig die neue DMationslinie.

Trost: Sie sollten es nicht so schwer nehmen, im "Fenster" nicht schreiben zu können. Im "Fenster" können viele nicht schreiben, vom Chefredakteur angefangen.

Eigentlich logisch, daß die Stinkreichen am meisten Parfum brauchen.

Der Vatikan, der angeblich an einem Chemiemulti beteiligt ist, soll an der Entwicklung eines Sektensprays sehr interessiert sein.

Österreich und EG: Die Teiche von den Saiblingen und den Hechten sollen jetzt zusammengelegt werden. Dann dürfen die Saiblinge auch im Hechtteich fressen.

Bonzenweibchen im 100.000-S-Nerz. Ich bin gegen Artenschutz.

Nach dem *Boom* in der Wirtschaft kommt der *-erang*.

Eine österreichische Karriere: Vom Dollarwäscher zum Millionär.

Die Grünen kämpfen für die Robbenbabys - statt gegen den Wahlfang in Österreich.

Im Osten sind neue Sklavenvorkommen entdeckt worden.

Gerhard Bergers Motto:
Don't think and drive!

Die Regierung wirbt fürs EG-Ja mit dem Sprüch: "Wenn ich schon büffeln muß, soll mein Zeugnis wenigstens für ganz Europa gelten!" Uns wär' als Fortsetzung eingefallen: "Wenn ich schon meinen Präsenzdienst ableisten muß, soll er wenigstens für ganz Europa gelten!"

Die Frage "Sozialismus am Ende?" kann man nur mit ja beantworten. Was sonst sollte am Ende des Kapitalismus stehen?

Deutschland will den ganzen Osten europarn.

J. Haider ist halt ein politischer Exkremist.

Selbstbestimmungsrecht für Tirol: Fallen muß der Brenner-*Transit*!

Der Golfkrieg hat gezeigt: Für uns gefährlicher als die Cruise Missiles waren die *News Missiles*.

FÖHN-Post

TIWAG-Freund. Das nenn' ich einen Fortschritt! Man darf die Direktoren der Tiroler Wasserkraftwerke AG (TIWAG) also seit neuestem ungestraft "Schufte" heißen. Ein FÖHN-Leser hat in einem der TIWAG zur Kenntnis gebrachten Brief die Chefs unserer Landeselektrizitätsgesellschaft als "Moloche" bezeichnet, die "sich genau wie Mafia-Bosse benehmen". Die TIWAG will nicht klagen. Weil, so der bereits im Prozeß gegen den FÖHN heftig aufgefallene Direktor Mayr, "wir unsere Anstrengungen lieber auf die Erfüllung unserer eigentlichen Aufgaben konzentrieren".

Grünwählerin. Mich hat der Führer eurer Sekte mit seinen EG-Einmarschplänen in Jugoslawien stark an seinen steirischen Landsmann Ottokar Kernstock erinnert, den militanten Pfaffen, der 1914 schrie: "Steirische Holzer, holzt mir gut / Mit Büchsenkolben die Serbenbrut!"

Zugfahrer. In der Innsbrucker Salurnerstraße, die schnurstracks vom Bahnhof ins Zentrum führt, steht seit einem Jahr bei Tag und Nacht, bei Föhnwind und Wetter, beharrlich ein FÖHN-Verkäufer. Für jeweils vier Zehnschillingmünzen gibts dort *automatisch* die beiden jüngsten Hefte.



Viele. Obwohl Gerüchte stets hartnäckiger zu sein pflegen als Tatsachen, hier der Versuch, eines aus der Welt zu schaffen. Die den Autor dieser Hefte bereits kommod einsortiert haben, werden enttäuscht sein, zu hören, daß er weder Lehrer *war* noch *ist*. Auch wenn es sich dabei um keine besonders ehrenrührige Unterstellung handelt, wollen wir der Wahrheit den Vortritt lassen vor der Erfindung eines in die Enge geratenen AK-Präsidenten (s. Heft 15, letzte Seite).

Diebstahl. Das Motiv der EG-Mausefalle, als Ansichtskarte den Abonnenten im letzten Heft beigelegt, darf nur mit unserer Einwilligung und nur in Publikationen, die sich *gegen* den Anschluß Österreichs an die EG richten, nachgedruckt werden. Diese Feststellung ist nötig, da die Mausefalle jüngst ohne unsere Erlaubnis in einer widerlichen EG-Propagandaschrift der *Jun-gen Generation in der SPÖ* aufgetaucht ist.

Abonniert den FÖHN! 4 Hefte um S 150.-

